

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.

Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postämter, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Kottbuserdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro vierpallige Zeitspalt 30 Pf.,  
Stellungsliste 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Verbandsmitgliedsanzeigen 10 Pf., Privatmitgliedsanzeigen 15 Pf. Privatmitgliedsanzeigen sind der Beitrag beizufügen.

Nr. 47.

Berlin, den 21. November 1908.

24. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Veranlaßt durch die große Feuergefahr, die in der Celluloidindustrie besteht, beabsichtigen die dabei in Frage kommenden Verbände die Verhältnisse in allen Betrieben, in denen Celluloid in irgendeiner Form verarbeitet wird, des näheren festzustellen, um damit bessere Arbeiterbeschäftigungen herbeiführen zu helfen. Zu diesem Zwecke haben wir entsprechende Fragebogen an alle Gau- und Zahlstellenverwaltungen versandt, in deren Bezirk Betriebe unserer Branchen bestehen, in denen Celluloidverarbeitung stattfindet. Sollten irgendwo derartige Betriebe existieren, ohne daß diese Fragebogen an die betreffende Gau- oder Zahlstellenverwaltung gekommen sind, bitten wir diese von uns verlangen zu wollen, damit die Zusammenstellung absolut vollständig wird.

2. Wie schon der Ausdruck auf den Mitgliedskarten besagt, sind dieselben, sofern mindestens 52 Wochenbeiträge geleistet und entsprechend Marken gelehrt sind, gegen ein Mitgliedsbuch umzutauschen. Bei solchen Mitgliedskarten jedoch, deren Inhaber von einer niederen in eine höhere Beitragsklasse übergetreten sind, soll der Umtausch gegen ein Mitgliedsbuch in der Regel erst dann erfolgen, wenn nach erfolgter Umrechnung der in niederer Beitragsklasse geleisteten Beiträge in solche der höheren Beitragsklasse sich als Gesamtzahl mindestens noch 52 Beiträge ergeben.

Eine Ausnahme von dieser Regel tritt nur dann ein, wenn bei Einsendung der Mitgliedskarte zugleich die Meldung erfolgt, daß deren Inhaber genötigt ist, auf Grund der in der niederen Beitragsklasse geleisteten 52 Beitragsmarken Unterstützung zu beziehen.

Die Ausstellung dieser Mitgliedsbücher geschieht durch den Verbandsvorstand. Bei der Einsendung der Karten ist darauf zu achten, daß die Beitragsmarken bis zur laufenden Woche gelehrt sind. Auch muß jede Karte vom Inhaber unterschrieben sein. Die Karten werden nicht mehr zurückgesandt, sie bleiben in Verwahrung auf dem Verbandsbureau.

Die Unterstützungszahler ersuchen wir, zu beachten, daß an Inhaber von Mitgliedskarten weder Arbeitslosen- noch Krankentüchtigung zur Auszahlung gelangen darf.

3. Bei Uebertritten von einer Beitragsklasse in eine andere sind die nachfolgenden Bestimmungen zu beachten:

Alle vorkommenden Uebertritte sind stets in die im Mitgliedsbuch auf Seite 9-11 befindlichen diesbezüglichen Rubriken genau einzutragen. Bei solchen Mitgliedsbüchern, welche diese Eintragsrubriken nicht haben, sowie bei Mitgliedskarten sind die hierfür bestimmten Mäpfer, welche von uns zu beziehen sind, einzukleben.

Nach erfolgtem Uebertritt von einer niederen in eine höhere Beitragsklasse gelten für den Fall des Unterstützungsbezuges, ehe die vorgeschriebenen 13 Wochenbeiträge in der neuen höheren Beitragsklasse geleistet sind, diejenigen Beitragszahlen der bisherigen niederen Bei-

tragsklasse als Grundlage, die in Betracht kämen, wenn der Uebertritt nicht erfolgt wäre. Erst wenn nach erfolgtem Uebertritt mindestens 13 Wochen verlossen und von neuem mindestens 13 Beitragsmarken gelehrt sind, kann die Unterstützung nach den Sätzen der höheren Beitragsklasse bezogen werden, und kommt alsdann als Grundlage für die Höhe des Unterstützungsbezuges die nach erfolgter Umrechnung sich ergebende Beitragszahl zur Berechnung.

Eine einmal erworbene Unterstützungsberichtigung in der 1. Unterstützungsstufe der 1. bzw. 3. Beitragsklasse darf durch den Uebertritt nicht verloren gehen. Es gelten in solchen Fällen 52 Beiträge als Grundlage für den folgenden Unterstützungsbezug auch dann, wenn durch die Umrechnung weniger wie 52 Beiträge der höheren Beitragsklasse sich ergeben.

Hat z. B. ein von der 1. zur 2. Beitragsklasse oder ein von der 3. zur 4. Beitragsklasse übergetretenes Mitglied, welches vor erfolgtem Uebertritt in der bisherigen niederen Beitragsklasse mindestens 52 Beiträge geleistet hatte, in den ersten 13 Wochen nach erfolgtem Uebertritt Arbeitslosenunterstützung nach den Sätzen der bisherigen niederen Beitragsklasse bezogen, so soll es, wenn nach dem Tage der zuletzt bezogenen Unterstützung mindestens wieder 26 Beiträge in der höheren Beitragsklasse geleistet sind, von neuem die Unterstützung nach den Sätzen der höheren Beitragsklasse beziehen können. Diese Vergünstigung findet jedoch nur für die erste Unterstützungsstufe — also nur bei 52wöchentlicher Beitragsleistung — Anwendung, während für alle höheren Unterstützungsstufen als Grundlage die nach erfolgter Umrechnung sich ergebende Beitragszahl in Betracht kommt.

Solche Mitglieder, welche von einer höheren Beitragsklasse in eine niedere übergetreten sind und dann in der niederen Beitragsklasse eine Anzahl Beiträge geleistet hatten, erhalten beim wiederholten Uebertritt in die höhere Beitragsklasse die zuerst in der höheren Klasse geleisteten Beiträge nur als Beiträge der niederen Klasse angerechnet. Denn es wurden die Beiträge der höheren Klasse beim Uebertritt in die niedere Klasse auch Beiträge der niederen Klasse, und die Beiträge der niederen Klasse können nur durch Umrechnung wieder Beiträge der höheren Beitragsklasse werden.

Wir ersuchen die örtlichen Funktionäre und Unterstützungszahler, obige Vorschriften genau zu beachten und in Zweifelsfällen das Mitgliedsbuch des Unterstützungs beanspruchenden Mitgliedes zur Feststellung der Grundlage für den Unterstützungsbezug an uns einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

## Vom Arbeitsmarkt.

Trostlos — das ist nach wie vor die Signatur des Arbeitsmarktes. Wenn man bedenkt, daß der Niedergang schon länger als ein Jahr anhält und daß nur sehr geringe Aussicht auf Besserung vorhanden ist, dann ist diese pessimistische Kennzeichnung der Lage des Arbeitsmarktes leider nur zu berechtigt. Unser Beruf macht keine Ausnahme davon, trotzdem wir uns augenblicklich in der „Hochsaison“ befinden sollten. Bei uns und in vielen anderen Gewerben auch erfährt die an sich schon so überaus

ungünstige Geschäftslage noch eine wesentliche Verschlechterung durch die sich immer mehr entwickelnde Technik, und trübe sind die Aussichten, welche sich unseren Kollegen und Kolleginnen bieten. Kaum hat sich z. B. die neue Fertigmachmaschine recht eingeführt, da wird uns wieder Kunde davon, daß diese Maschine in neuer und verbesserter Auflage erschienen ist, daß sie jetzt nur noch einen Mann zu ihrer Bedienung erfordert usw. Dies nur ein Beispiel, das noch um viele andere vermehrt werden kann. Auch die sonstigen Meldungen aus den einzelnen Orten lassen erkennen, daß wir uns auf noch schlimmere Zeiten gefaßt machen müssen. Manche Orte, in denen früher von einem Nachlassen der Arbeitsgelegenheit kaum gesprochen werden kann, melden heute, daß mit Aussetzen, Verkürzungen und Arbeiterentlassungen die Krise auch dort ihren Einzug gehalten hat, wo sie sonst noch kaum verpißt wurde.

Weit schlimmer noch als bei uns ist es in anderen Gewerken, und zwar vor allem in solchen, die dank ihrer Ausdehnung ein ganz anderes Beeinflussung der Lage des Arbeitsmarktes auszuüben vermögen, als es unsere verhältnismäßig kleine Industrie zu tun imstande ist. So vor allem in der Montanindustrie, die durch die mangelnde Beschäftigung anderer Industriegruppen einseitigend berührt wird. Nach einer Zusammenstellung der „Bergarbeiterzeitung“ ist die Zahl der Wochen, auf denen im Oktober und Anfang November Feiertagen eingelegt wurden, schon recht groß. Die Feiertagen verteilten sich nicht nur auf den rheinisch-westfälischen Steintohlenbezirk, sondern auch auf das mitteldeutsche Braunkohlenrevier. Auch Entlassungen größeren Umfangs werden vorgenommen: so sollen auf der Zeche „Aachener“ von 12 000 Mann nicht weniger als 3000 gekündigt worden sein. Es ist kaum anzunehmen, daß die Arbeitsgelegenheit auf anderen Gruben günstiger sein wird. Dadurch, daß das Kohlenmonopol die Verteilungsanteile weiter herabgesetzt hat, werden so ziemlich alle Zechen, soweit sie dem Schicksal angehören, zu einer Förder einschränkung angehalten.

Solche Meldungen sind natürlich nicht geeignet, die kommenden Tage besonders rosig erscheinen zu lassen. Trotzdem, eine wenn auch nur geringe Aussicht auf Besserung ist zu konstatieren. Der Dr. Zastrowski „Arbeitsmarkt“ sagt in einer „Kurdschau“ über die Lage des Arbeitsmarktes, daß nach der Lage des Arbeitsmarktes im August zu befürchten war, daß wir den ungünstigsten September seit 1896 bekommen würden. War doch schon die Lage im August d. J. selbst ungünstiger als im Jahre 1901. Um so überraschender ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem deutschen Arbeitsmarkt im September, wie es sich nach den Berichten der öffentlichen Arbeitsnachweise ergibt. Auf 100 offene Stellen kamen 142,6 Arbeitsuchende. Im August war die Andrangsziffer 153,3, so daß eine Verengung des Andrangs um 10,7 eingetreten ist. Das ist eine ganz beachtenswerte Abnahme. Im Jahre 1901 hatte der August einen Andrang von 150,2, der September einen solchen von 147,5 gebracht; die Abnahme betrug damals nur 2,7. Ob dieser relativ günstigen Bewegung von Angebot und Nachfrage nun auch wirklich eine Steigerung des Beschäftigungsgrades entspricht, darüber wird man erst ein abschließendes Urteil fällen können, wenn aus den Mitgliederziffern der Krankenkassen die Bewegung der Beschäftigten im September festgestellt werden

kann. Die verhältnismäßig kräftige Abnahme des Andrangs im September ist um so bemerkenswerter, als in der zweiten Hälfte des Monats bereits eine große Anzahl Reservisten das Angebot Arbeitsfuchender vermehrt haben. Auch durch die Säulenteilung wurde das Angebot bereits verstärkt; in vielen Orten wurde beobachtet, daß das Angebot jugendlicher Arbeitskräfte stark wuchs. Weibliche Arbeitskräfte waren nach wie vor sehr gesucht, doch war auch das Angebot unverändert stark. Im allgemeinen wurden vorwiegend jüngere Arbeitskräfte verlangt, ältere waren weit seltener unterzubringen.

In den Mitteilungen des Dr. Jastrowschen „Arbeitsmarkts“ kommt trotz alledem noch klar genug zum Ausdruck, daß wir von einer wirklichen Besserung noch reichlich weit entfernt sind. Das sind doch ganz gewiß trostlose Aussichten, vor allem für diejenigen, die heute schon von der Arbeitslosigkeit berührt werden und deren Zahl nicht klein ist. Bei der Betrachtung der gesamten Lage des Arbeitsmarktes macht sich der Mangel genauer Nachweisungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit recht unangenehm bemerkbar. Den bürgerlichen politischen Parteien ist damit die nur zu willkommene Beachtung gegeben, die von Arbeiterkreisen gemachten Angaben über den Umfang der Arbeitslosigkeit als übertrieben zu bezeichnen, oder gar, wie es erst in jüngster Zeit geschehen ist, das Bestehen der durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Notstände einfach zu verneinen. Und wie hat sich doch das preussische Abgeordnetenhaus zu den Anträgen betreffend die Notstandsarbeiten für Arbeitslose gestellt? Da waren sich die sämtlichen bürgerlichen Parteien einig darüber, daß die Veraturgen über diese Anträge so weit als möglich hinausgeschoben werden mußten. Die dringende Notwendigkeit der Inangriffnahme von Vorbeugungsmaßnahmen wurde von den satten Philistern, die die Mehrheit dieser Reichsvertretung ausmachen, damit verneint. Das war möglich, trotzdem nach oberflächlichen Schätzungen im laufenden Jahre an die 200 000 Arbeitslose in Deutschland mehr vorhanden sind als im Vorjahre. Die reaktionäre Mehrheit des preussischen Reichstagesparlamentes wollte von diesen Dingen nichts wissen, weil es dieser junkerlichen und agrarischen Sippschaft, die seine Mehrheit bildet, unangenehm und peinlich sein muß, an Dinge erinnert zu werden, die sie selbst verschuldeten. Auch der Reichstag beschäftigte sich mit der großen Arbeitslosigkeit. Der Staatssekretär v. Pothmann-Sollweg leistete sich dabei das Vergnügen, die Arbeitslosigkeit in Deutschland als nicht so besonders hinzustellen, da diese — im Ausland noch größer sei. Mit solchen vagen Aussagen tröstete die Regierung über die traurigsten Notstände hinweg, und brachte sie es sogar fertig, zu erklären, daß es mit einer Reichsarbeitslosenunterstützung nichts werden wird. Wie bereits gesagt, den gesamten Umfang der Arbeitslosigkeit kennt man nicht, man vermag ihn nur zu schätzen. Darum ist es zu begrüssen, daß in Groß-Verlin in diesen Tagen eine Zählung der Arbeitslosen stattfand, deren Ergebnis zwar dank des Arrangements auch nicht so vollständig sein wird, als man dies wünschen möchte. Aber trotzdem wird man an der Hand der eruierten Zahlen ermitteln können, daß die von Arbeiterseite stammenden Angaben über den Umfang der Arbeitslosigkeit trotz aller Anzuweisungen eher noch zu niedrig als zu hoch sind.

Die vom Dr. Jastrowschen „Arbeitsmarkt“ festgestellte geringfügige Besserung des Arbeitsmarktes wird auch vom „Reichsarbeitsblatt“ bestätigt, zugleich aber gibt die genannte Quelle auch zu, daß in der Papierindustrie die Abflauung des Geschäfts, vor der schon in den vorhergehenden Monaten zu berichten war, im September angehalten, ja daß sie teilweise noch eine weitere Verschlimmerung erfahren hat. An den Erhebungen des kaiserlichen statistischen Amtes über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden sind im 3. Quartal dieses Jahres 49 Verbände mit 1 272 549 Mitgliedern beteiligt. An den drei Stichtagen, an denen die Zählung vorgenommen wird (am Schluß der 4., 8. und der 13. Quartalswoche), waren arbeitslos gemeldet am Ort und auf der Reise 29 722 bezw. 4902 in der 4., 29 261 bezw. 5094 in der 8. und 29 560 bezw. 4486 in der 13. Woche. Das sind in jedem Falle 2,7 Proz. Gegenüber dem 2. Quartal hat sich die Arbeitslosigkeit um ein Geringes vermindert; betrug sie doch an den drei Stichtagen des 2. Quartals 2,8, resp. 2,8, resp. 2,9 Proz. Nachfolgende Tabelle veranschaulicht

das Verhältnis der Arbeitslosigkeit im verfloffenen 3. Quartal zu der der übrigen Quartale seit der Erhebung der Statistik (2. Quartal 1903). Unter den an das kaiserliche statistische Amt berichtenden Verbänden befanden sich arbeitslose Mitglieder in Prozenten:

1903		1904		1905	
31. März	—	31. März	2,0	21. März	1,6
30. Juni	3,2	30. Juni	2,1	30. Juni	1,5
30. Sept.	2,3	30. Sept.	1,8	30. Sept.	1,4
31. Dez.	2,6	31. Dez.	2,4	31. Dez.	1,8
1906		1907		1908	
31. März	1,1	26. Jan.	1,7	25. Jan.	2,9
		23. Febr.	1,6	22. Febr.	2,7
		30. März	1,8	28. März	2,5
		27. April	1,8	25. April	2,8
		25. Mai	1,4	23. Mai	2,8
		29. Juni	1,4	27. Juni	2,9
		27. Juli	1,4	25. Juli	2,7
		24. Aug.	1,4	22. Aug.	2,7
		28. Sept.	1,4	26. Sept.	2,7
		26. Okt.	1,6		
		23. Nov.	1,7		
		28. Dez.	2,7		

Diese Zusammenstellung zeigt, daß kein Jahr für die Arbeiter so schlecht war, als das laufende, und daß darum der Notstand in diesem Jahre besonders groß sein muß. Gewiß haben ja eine ganze Reihe kommunaler Verwaltungen größere und kleinere Beträge bereitgestellt zur Inangriffnahme sogenannter Notstandsarbeiten, aber diese Beträge sind bei dem gewaltigen Umfang der Arbeitslosigkeit nur gleich einem Tropfen auf einem heißen Stein. Weil dem so ist, verlangen die Arbeiter die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung. Aber das kann noch lange Weile haben, ehe sich die gesetzgebenden Körperschaften hierzu bereit finden lassen.

Die obenstehende Tabelle, die den Prozentfuß der arbeitslosen Mitglieder angibt, bringt die tatsächliche Arbeitslosigkeit in den an das kaiserliche statistische Amt berichtenden Gewerkschaften nicht voll zum Ausdruck. Um diese zu ermitteln, bedarf es der Angabe der Arbeitslosenziffer, die in folgender Tabelle dargestellt ist. Auf 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeitslosigkeit:

	1903	1904	1905	1906	1907	1908
Im 1. Quartal	—	7,9	8,6	6,4	6,5	9,2
" 2. "	8,6	7,9	7,0	6,1	6,1	9,4
" 3. "	8,2	7,4	7,2	5,4	6,8	9,6
" 4. "	7,8	8,6	6,3	5,7	7,1	—

Wie ersichtlich, hat sich die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit ganz beträchtlich vermehrt, und da auch die durchschnittliche Dauer jedes einzelnen Arbeitslosenfalls sich erhöhte, so ist das Anschwellen der zur Auszahlung gekommenen Unterstützung auf das Doppelte gegenüber dem 3. Quartal des Vorjahres verständlich. Die vergleichbaren Verbände gaben im 3. Quartal des Vorjahres 804 993 M. für Arbeitslosenunterstützung aus, im 3. Quartal des laufenden Jahres dagegen 1 622 230 M.

Auf unsere Organisation entfielen auf 100 Mitglieder 3,3 Arbeitslose am 26. September 1908, 3,9 am 27. Juni 1908 und nur 2,4 am 28. September 1907. Die Verschlechterung im laufenden Jahre ist also ganz offensichtlich. Auch die Fälle der Arbeitslosigkeit erhöhten sich von 14,4 Proz. im 3. Quartal 1907 auf 15,5 im 2. und 16,5 im 3. Quartal 1908. Die Verschlechterung der Arbeitslosenverhältnisse tritt besonders kraft zutage bei unseren weiblichen Mitgliedern. Im 3. Quartal 1907 entfielen auf 100 Mitglieder 1 Arbeitslose, im 2. Quartal 1908 dagegen 12,4 und im 3. Quartal immer noch 11,8. Unter allen an das kaiserliche statistische Amt berichtenden 49 Verbänden nimmt der Buchhändlerverband in bezug auf die Arbeitslosenfälle die 14. Stelle ein. Desgleichen auch in bezug auf die durchschnittliche Dauer derselben.

Die „Wirtschaftliche Korrespondenz“ beschäftigte sich dieser Tage mit dem gegenwärtigen Umfang der Arbeitslosigkeit. Diese Korrespondenz kommt zu dem Schluß, daß Ende September 1908 rund 180 000 Personen weniger Beschäftigungsgenossenschaft hatten als im November 1907. Von dem auf rund 900 000 Köpfe zu veranschlagenden Bevölkerungszuwachs ist ebenfalls ein großer Teil darauf angewiesen, in Gewerbe und Handel oder häuslichen Diensten Arbeit zu finden. Da nun aber seit dem September 1907 die Zahl der Beschäftigten absolut um schätzungsweise 180 000 Köpfe abgenommen hat, so ist verständlich, daß auch das gesamte auf rund 200 000 Köpfe

zu veranschlagende Neuarbeitergebot von Arbeitskräften keine Beschäftigung fand, so daß also die Zahl der Ende September vorhandenen Arbeitslosen mit rund 380 000 Personen als nicht zu hoch bezeichnet werden kann. Das würde im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter 2,9 Proz. ausmachen, also nur wenig mehr, als das statistische Amt für 49 der auf das selbe berichtenden Verbände ermittelte (2,7 Proz.). Da nun die Annahme, daß die Zahl der Arbeitslosen bei den Nichtorganisierten höher ist als bei den Organisierten, weit verbreitet, wenn auch noch nicht als zutreffend erwiesen ist, so dürfte die Schätzung der „Wirtschaftlichen Korrespondenz“ annähernd richtig sein. Die genannte Korrespondenz fährt dann fort: „Nichtsdestoweniger möchten wir mit unserer Schätzung nicht höher gehen, da auch die Gestaltung des Andrangs am Arbeitsmarkt im laufenden Jahre nach oben eine höhere Bemessung der Arbeitslosenziffer nicht rechtfertigt. Der Umfang der Arbeitslosigkeit ist ohnedies schon bedeutend genug, wenn auch relativ niedriger als in England und vielleicht auch noch in den Vereinigten Staaten. Wenn wir den Verdienstausfall noch so niedrig rechnen, pro Woche macht er doch mindestens 3½ Millionen Mark aus. Diese Summe spielt aber im Verkehr eine nicht unerhebliche Rolle und zeigt, wie durch die Arbeitslosigkeit die Konsumkraft der Bevölkerung geschwächt wird. Um den Umfang der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit würdigen zu können, vergleichen wir unsere Schätzung mit den Ergebnissen der beiden amtlichen Arbeitslosenzählungen im Jahre 1895. Wir geben für sie die Arbeitslosigkeit für die gewerbliche Arbeiterschaft. Sie bezifferte sich bei der ersten Zählung am 14. Juni 1895 auf 1,6, bei der zweiten am 2. Dezember des nämlichen Jahres auf 3,9 Proz. Die Zahl der Arbeitslosen selbst betrug am 2. Dezember 385 042, die Gesamtzahl der Arbeiter 9 870 110. Die absolute Summe der Arbeitslosen war am 2. Dezember 1895 nur wenig höher als die geschätzte Ziffer für Ende September 1908. Relativ ist aber die jetzige Arbeitslosigkeit geringer, da seit 1895 die gewerbliche Gesamtarbeiterschaft auf mehr als 13 Millionen Köpfe gewachsen ist. Das kann aber bei einem Vergleich mit 1895 heute schon gesagt werden, daß der Grad der Arbeitslosigkeit im Dezember dieses Jahres, falls nicht energische Gegenmaßnahmen getroffen werden, relativ höher als 1895 steigen dürfte. Selbst wenn wir eine Arbeitslosenziffer zwischen 4 und 5 Proz. annehmen, so würde die Zahl der Arbeitslosen Anfang Dezember zwischen 520 000 und 650 000 schwanken. Angesichts solcher Aussichten liegt kein öffentliches Interesse vor, daß alle irgendwie in Frage kommenden Instanzen durch energische Maßnahmen soviel wie möglich auf eine Eindämmung der Arbeitslosigkeit und Linderung ihrer sozialen Folgen hinarbeiten.“

Angesichts solcher Aussichten dürfte das eingangs aufgestellte Prognostikon, welches die gegenwärtigen Aussichten des Arbeitsmarktes als trostlos bezeichnet, vollaus berechtigt sein. Dem organisierten Arbeiter aber schadet dieses düstere Bild nicht sonderlich, denn er weiß, daß seine Gewerkschaft die Pflichten, die eigentlich der herrschenden Klasse und dem Staat zufallen, auf sich genommen und daß er in diesen trüben Zeiten einen tatkräftigen Helfer an ihr hat. Der Unorganisierte aber ist dem grauen Elend, der Arbeitslosigkeit schutzlos preisgegeben. Diesen Unterschied muß man ihm jetzt klar machen und ihm sagen, daß die Organisation allein ihm Rat und Hilfe angedeihen läßt, sobald er sich vertrauensvoll an sie wendet. So gibt auch die heutige trübe Zeit unseren Mitgliedern reichlich Gelegenheit, der Organisation neue Kräfte zuzuführen, die zum Gelingen des großen Zieles mit beitragen. Und je mehr dabei mithelfen, desto eher wird dies Ziel erreicht.

**Die Gewerbe-Unfallstatistik im Jahre 1907.**

M. Vom Reichsversicherungsamt sind dieser Tage die vorläufigen Ergebnisse der Unfallstatistik der Gewerbe-, Bau- und Seemannsversicherung veröffentlicht worden. Diese Unfallstatistik ist die dritte ihrer Art, die erste besondere Unfallstatistik wurde im Jahre 1857, die zweite im Jahre 1897 aufgenommen. Die Veröffentlichung besteht aus den Angaben über die Zahl der Betriebe, beschäftigten Arbeiter, verletzten Personen und weiter aus Mitteilungen über die Betriebseinrichtungen



und Vorgänge, bei denen sich die Unfälle ereigneten, es fehlen also noch nähere Mitteilungen über die Art der Unfälle und alle sonstigen auf die Unfälle bezug-

habenden Nachrichten. Aber schon die einfachen vorliegenden Tabellen über die Unfälle zeigen ein grauenerregendes Bild und erzählen von menschlichen Qualen und Leiden, die einen schneidenden Kontrast und doch wieder eine unbedingt notwendige Ergänzung bilden zu den zahllosen Schilderungen der technischen Wunder der modernen Produktion. Die Maschinen und Einrichtungen der Produktion und des Verkehrs, von denen wir wissen, wie sie spielend alle dem Menschen entgegenstehenden Hindernisse beseitigen und überwältigen und einen Goldstrom in die Taschen ihrer Besitzer fließen lassen, treten uns wieder einmal von ihrer anderen Seite entgegen: mit Menschenleben und Menschenglädern spielend, ein anfeindend nie versiegende Quell von Verwundungen und Todesfällen. Bei Betrachtung der Ziffern springt vor allem in die Augen, daß sich gegen die letzte Aufnahme vom Jahre 1897 die Zahl der Verletzten um fast das Doppelte vermehrt hat. Damals wurden 45 971 in gewerblichen Betrieben Verletzte gezählt, bei der jetzigen Zählung sind 80 144 Zählstärken eingegangen. Da die Statistik nur die Personen erfaßt, für die erstmals eine Entschädigung gezahlt werden mußte, das heißt also nur die schwereren Unfälle, die eine mehr als 14wöchige Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatte, muß diese Steigerung als erasantant bezichtigt werden, um so mehr als auch die relative Unfallziffer von 8,2 pro Tausend Vollarbeiter im Jahre 1897 auf 9,47 gestiegen ist. Zu wundert brauchen wir uns über die hohe Zahl der Unfälle nicht, da wir die Ursachen genau kennen. Neben der Gefährlichkeit der Arbeiten an sich, die in gewissen Industrien unbeschränkt vorliegt, sind es die Mehrzahl der Unternehmer, die dem Unfallstich keine oder wenig Beachtung schenken. Jedes Schutzgitter, jeder Saugkasten, jede Sicherheitsvorrichtung ist ein zu hoher Aufwand; ob Menschenleben dabei in Gefahr kommen, ist meist gleichgültig. Die Berichte der Berufsgenossenschaften erzählen von dieser Tatsache wieder.

In sieben Industrien (Textilindustrie, Papierfabrikation, Nahrungsmittelindustrie, Schornsteinfegererei, Privatbahnbetrieb, Lagerei, Seefischerei) ist übrigens eine Abnahme der relativen Unfallziffer zu verzeichnen. Welche Umstände hierbei eine Rolle spielen, läßt sich nicht ergründen. Tatsache ist, daß in diesen Industrien von seiten der Berufsgenossenschaften eine besonders scharfe Betriebskontrolle vorgenommen wird. Diese wird übrigens fast von allen Berufsgenossenschaften durchgeführt, ohne daß die Unternehmer viel danach fragen. In der nachfolgenden Uebersicht geben wir ein Bild über die Zahl der im Jahre 1907 in allen Industrien vorhandenen Betriebe und beschäftigten Arbeiter, die absolute Zahl der im Jahre 1907 erstmals entschädigten Unfälle und die relative Unfallziffer im Vergleich zu der vom Jahre 1897, dem Jahre der letzten besonderen Gewerbeunfallstatistik.

Table with 5 columns: Berufsgenossenschaften, Betriebe, Vollarbeiter, Verletzte Personen 1907, Verletzte Personen auf 1000 Vollarbeiter 1907. Rows include various industries like Anapshochs-B., Eisenh., Holz-, Textil-, etc.

Die Aufstellung zeigt uns, wie verschieden die Gefährlichkeit in den einzelnen Industrien ist. Die meisten Unfälle (relativ) verzeichnet der Fuhrwerksbetrieb und die Mälzerei, ihnen folgt der Bergbau und die Industrie der Steine, die Wismutindustrie, Holzindustrie, Brauerei und Mälzerei, der Tiefbau,

die Eisen- und Stahlindustrie und der Hochbau. Die niedrigste Unfallziffer weist die Tabakindustrie, Textilindustrie und das graphische Gewerbe auf. Dafür sind jedoch, namentlich in der Tabak- und Textilindustrie, andere gesundheitliche Schädigungen der Arbeiter und Arbeiterinnen besonders groß. Die Zahl der tödlich verletzten Personen belief sich insgesamt auf 6320. Die Maschinen forderten hiervon 920 Opfer. Die Zahl der durch Maschinen überhaupt Verletzten betrug 19 901. An welchen Einrichtungen und durch welche Vorgänge sich die Unfälle ereigneten, zeigt nachfolgende Aufstellung.

Table with 4 columns: Verletzte überhaupt, in Prozent, Verletzte überhaupt, in Prozent. Rows include Durch Motoren, Transmissionsmaschinen, Dampfessel, Sprengstoffe, etc.

Die Prozentberechnung zeigt übersichtlich, bei welchen Betriebsvorgängen und Einrichtungen die meisten Unfälle vorgekommen sind. Einen Vergleich der einzelnen Industrien, um darzutun, welche Vorgänge innerhalb derselben die meisten Opfer forderten, müssen wir uns raumhalber verlagen. Wir greifen daher nur einige besonders in die Augen springende Fälle heraus. Die Arbeitsmaschinen forderten die meisten Opfer in der Metallindustrie (61,9 Proz. der Verletzten, in der Edelmetallindustrie gar 70,0 Proz.), in der Bekleidungsindustrie (61,0 Proz.), in der Holzindustrie (55 Prozent), im graphischen Gewerbe (58,0 Proz.) und in der Textilindustrie (51,0 Proz.). Durch Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Anfallen von Gegenständen verunglückten die meisten im Bergbau und im Baugewerbe; Fall von Leitern, in Läden und Vertiefungen ereignete sich am häufigsten bei den Schornsteinfegern, im Baugewerbe und der Textilindustrie; beim Auf- und Abladen von Gegenständen passierten viele Unfälle in der Brau- und Mälzereiindustrie, im Fuhr- und Speditionswesen; durch Tiere wurden die meisten Personen in der Schmiederei, Fleischererei und im Fuhrverkehr verletzt. Den größten Prozentsatz der Getöteten liefert der Bergbau und der Eisenbahnbetrieb sowie das Baugewerbe.

Besonders beachtenswert sind für uns die unjüngeren Berufsfolgen betreffenden Ergebnisse. Wir finden Angaben darüber in dem Bericht der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft, in dem für Buchbinderei und Kartonnagenfabrikation 2076 Betriebe mit 60 797 Vollarbeitern angegeben sind. Die Zahl der Unfälle belief sich für diese Gruppe auf 234, das sind 3,85 pro Tausend Vollarbeiter. Von den in der Papierverarbeitungsindustrie vorgekommenen Unfällen entfielen 350, das sind 70 Proz., auf Maschinen, und zwar 336 = 67,2-Proz. auf Arbeitsmaschinen aller Art, der Rest auf Hebelmaschinen und Transmissionsen. Im übrigen verteilen sich die Unfälle auf die verschiedensten Betriebsrichtungen und Vorgänge; je rund 7 Proz. ereigneten sich beim Auf- und Abladen von Gegenständen, Geben und Tragen und durch Fall von Leitern, in Vertiefungen usw.

Wie weit die Unfälle unvermeidliche Folgen der Anwendung der modernen Produktionsmittel und der modernen Technik und wie weit sie lediglich der besonderen kapitalistischen Gestaltung des Arbeitsprozesses zuzuschreiben sind, ist eine Frage, über die die Ansichten weit auseinandergehen. Die Unternehmer sind gern bei der Hand mit der Erklärung, daß ein großer Teil der Unfälle eben unvermeidlich ist, daß Verfahren vorliegen, die durch Menschenhände und Menschengeist nicht beseitigt werden können. Ein weiterer Teil der Unfälle wird dem Leichtsinne und der Gleichgültigkeit der Arbeiter zugeschoben, noch ein Teil der Unachtsamkeit bzw. Unkenntnis der Gefahren sowie dem Handeln wider bestehende Vorschriften. Was noch übrig bleibt, wird dann wohl oder übel auf das Schuldkonto der Unternehmer übernommen. Die Arbeiter aber wissen ganz genau, und die Tatsachen haben es in tausend und aber-tausend Fällen bewiesen, daß das Kapital freventlich mit Arbeiterleben und Arbeitergesundheit spielt und die Organisierung des Produktionsprozesses nach dem Gesichtspunkt des höchsten Gewinnes für den privaten

Unternehmer Setzalonnen von Opfern fordert, die samt und sonders hinwegfallen würden, wenn die Produktion nach den Interessen der Arbeit geleitet und technisch ausgestattet würde. Das wird auch so bleiben, bis der Geist des Sozialismus die heutige nur nach Geld und Gut zielende Kapitalistenklasse vertrieben hat.

Die Reform der Arbeiterversicherung.

III. Geradezu einen Umschwung in den Erörterungen und Vorarbeiten zur Reform der Arbeiterversicherung brachten die Sachverständigenkonferenzen, die im Reichsamt des Innern stattfanden. Die erste, im Juni dieses Jahres, beschäftigte sich mit der besonders für die Krankenversicherung so wichtigen Arztfrage. Haben doch die Ärzte seit Jahren die Gesetzgebung mit einer Reihe „standesgemäßer“ Forderungen wie Einführung der freien Arztwahl usw. bedrängt. Die Konferenz brachte eine Klärung dieser Fragen insoweit, daß an eine gesetzliche Einführung der freien Arztwahl nicht zu denken ist. Nur darüber herrschte Einmütigkeit, daß den Massenmitgliedern wenigstens die Wahl unter einigen Kandidaten freier sein muß. Gegenwärtig muß, wenn eine Massenverwaltung darauf besteht, der Kranke den Arzt aussuchen, den er zugewiesen erhält, auch wenn er kein Vertrauen zu ihm hat. Als ein weiteres Ergebnis der Aussprache ist anzusehen, daß zur Regelung der Arztangelegenheiten Einigungscommissionen und Schiedsgerichte eingesetzt werden sollen, die aus Vertretern der Ärzte und Klassen zusammengesetzt sind.

Vom Standpunkt der Versicherten wie auch dem der Krankenkassen kann man sich mit dieser geplanten Regelung nur einverstanden erklären. Die freie Arztwahl für alle Klassen obligatorisch einzuführen, ist unangänglich. Am wichtigsten ist die Einrichtung, wie sie jetzt besteht, daß nämlich jene Klassen dieses Arztstimmens einführen können, sofern sie Lust und — Geld dazu haben. Auch gegen die Einigungsinstanzen läßt sich von prinzipiellen Gesichtspunkten aus nichts einwenden. Das beabsichtigte Verfahren soll dem Abschluß von Tarifverträgen gleichen, wie es im gewerblichen Leben sich eingebürgert hat.

Die zweite Konferenz fand Ende Oktober statt. Dieselbe beschäftigte sich in ihrer ersten Hälfte mit der Umgestaltung der Krankenversicherung, in ihrem zweiten Teil mit dem organisatorischen Aufbau der Arbeiterversicherung überhaupt. Zu den Aussprachen waren wiederum eine Anzahl von Vertretern aller Arten Krankenkassen hinzugezogen worden. Obgleich Beschäftigte wieder nicht gefragt wurden, so ergab sich auch aus den Erörterungen deutlich die Meinung der Mehrzahl der Konferenzteilnehmer. Das besonders deshalb, weil den Verhandlungen ein Fragebogen zugrunde lag, welcher die wichtigsten Punkte, auf die es bei der Reform ankommt, in Form von Fragen enthielt. Das Ergebnis der Aussprache kann dahin zusammengefaßt werden, daß eine „großzügige“ Reform der Arbeiterversicherung ausgeschlossen ist. Die Pläne, an denen seit Jahren gearbeitet worden ist, sind auf ein Minimum zusammengeschumpft. Eine Zentralisation soll nur in beschränktem Umfange stattfinden. Alle Klassenarten sollen bis auf die Gemeindefrankenversicherungen bestehen bleiben. Die beabsichtigte Halbierung der Beiträge und der Vertretung zwischen Unternehmern und Arbeitern erfuhre eine allgemeine und gründliche Abfuhr. Ebenso erging es dem reaktionären Plan, den Klassen einen gemeinsamen Vorstehen (einen Gemeinde- oder Staatsbeamten) aufzupropfen. Selbst die Arbeitgebervertreter der Ortskrankenkassen erklärten mit Nachdruck, daß zu solchen Maßnahmen keinerlei Grund vorliege. Für die sozialdemokratischen Arbeitervertreter wurden dabei die besten Zeugnisse abgelegt. Das Empfinden der Teilnehmer löste sich dadurch aus, daß der Vorsitzende, Staatssekretär von Reichmann-Pöllwag, erklärte, daß die Sache wider alles Erwarten sich gewendet habe.

Fast allseitige Zustimmung fanden die Vorschläge auf Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Landarbeiter, Hausgewerbetreibenden und Dienstboten. Gegen die Forderung auf obligatorische Einführung der Familienunterstützung und Erhöhung des Mindestfrankengeldes auf 60 Proz. des durchschnittlichen Tagelohnes wurde nichts eingewendet. Das Verhältniswahlssystem soll für die Klassen durch das Gesetz vorgeschrieben werden. Die Rechtprechung in der Krankenversicherung soll dadurch gebessert werden, daß sie den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung angegliedert werden soll.

Die Versicherungsämter und Oberversicherungsämter, die von Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten geleitet und denen die Feststellung der Entschädigungen in Unfall- und Invalidenversicherungssachen übertragen werden soll, fanden bei den Vertretern der Berufsgenossenschaften und Versiche-

rungsanstalten glatte Ablehnung. Die Unternehmer wollen nicht ein Jota ihrer Selbstherrlichkeit in den Berufsgenossenschaften preisgeben und besonders das Rentenfestsetzen allein besorgen. Der Staatssekretär legte sich mit einer sehr eindringenden Rede vergeblich für seine Pläne ins Zeug. Die „Herren im Hause“ blieben fest. Die Vertreter der Versicherungsanstalten, meist hohe Regierungsbeamte, waren den Plänen zugänglicher, doch wollten auch sie dem Element bei der Festsetzung der Renten, dem Heilverfahren usw. kein Mitrederecht einräumen.

Was wird nun die Regierung tun? Wird sie dem Reichstag eine Vorlage unterbreiten, die den „Grundzügen“ entspricht, wie wir sie in dem zweiten Artikel gefennzeichnet haben? Kann sie noch den Mut haben, die totale Entrechtung der Arbeiter in der Krankenversicherung vorzuschlagen? Das ist zu bezweifeln. Sie würde auf das Ergebnis der Sachverständigenkonferenz hingewiesen werden. Es wird also so ziemlich alles beim alten bleiben. Auch den Unternehmern wird sie nicht wehe tun. Die dringlichsten Sachen werden durch ein Flickwerk erledigt werden, und den angeblichen „sozialdemokratischen Mißbrauch“ der Ortskrankenkassen wird man durch ein Hinterkürchen bekämpfen wollen. Deshalb müssen die Arbeiter noch auf der Hut sein.

**Zur Verschmelzung des Portefeullerverbandes mit dem Sattlerverbande.**

Ein Skandal ist es, in welcher Weise sich die „Portefeuller-“ und die „Sattler-Zeitung“ mit den Artikeln in Nummer 43 und 44 der „Buchbinder-Zeitung“, welche die Verschmelzung der beiden Verbände behandeln, abzugeben suchen. Ein Skandal ist es, wie sich die beiden genannten Organe in wüsten Beschimpfungen anderer organisierter Personen gefallen. Genosse Weinschild schießt sich vor allem daran, daß die beiden Artikelschreiber nicht mit vollem Namen unterzeichnen, was sie geschrieben haben. Kollege th. soll sich „aus gewissen Gründen scheuen, mit seinem vollen Namen an die Öffentlichkeit zu gehen“. Wir fordern vom Genossen Weinschild, daß er diese „gewissen Gründe“, die er ohne Zweifel kennen will, auch angibt, und nicht in solcher dehnbaren Form grundlose Verdächtigungen in die Welt hinausstreut, zumal Genosse Weinschild gerade der Letzte sein dürfte, der berechtigt wäre, über Anonymität usw. sich aufzuregen.

Es bleibt nur die eine Annahme übrig, daß W. mit dieser dunklen Andeutung sagen will, daß — wir haben bereits in letzter Nummer auf das Anzutreffende hingewiesen — Kollege Kloth der Verfasser des th.-Artikels sei.

Sollte dies der Fall sein, dann genügt es zur Kennzeichnung, wenn hier konstatiert wird, daß W. vor dem Abfassen seines Artikels von der Unrichtigkeit seiner Annahme Kenntnis hatte.

Die Tatsache, daß die umstrittenen zwei Artikel überhaupt Aufnahme gefunden haben, veranlassen W., über organisationsgeschändliches und vertragsbrüchiges Treiben zu flennen. Wir möchten nicht die Frage an den Portefeullerverband, resp. an dessen Funktionäre richten, wie es seither mit dem Einfallen des Kartellvertrages von jener Seite befehle war, ob nicht unzulässige Agitation unter unseren Mitgliedern seitens der Funktionäre des Portefeullerverbandes getrieben wurde. — Ist aber die Veröffentlichung der bewußten zwei Artikel wirklich das fluchwürdige Verbrechen, welches zwei Organisationsvertreter zum Anschlagen eines Tones veranlaßt, wie er sonst nur gegenüber dem Gegner, dem direkten Feinde, angewandt wird? Mit Verlaub — nein! Wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Solange die Sattler und Portefeuller über die Verschmelzungsfrage diskutieren, solange haben wir nicht die geringste Veranlassung, uns in deren häuslichen Streit einzumischen, weil wir eben streng darauf bedacht waren, unsere Verpflichtungen dem Kontrahenten gegenüber einzuhalten. Mit dem Augenblick aber, in dem klar ersichtlich wird, daß der Kontrahent sich seiner Selbstständigkeit begibt, in diesem Augenblick wäre es wohl sogar unsere Pflicht, nicht nur unser Recht, einzugreifen und darauf zu drängen, daß ein Zustand, der schon seither als unhaltbar anerkannt ist, nicht für alle Zeit und Ewigkeit bestehen bleibt. Wir vermuten, daß sich über kurz oder lang der Vorstand des Buchbinderverbandes trotz seiner jetzigen Reserbiertheit in dieser Angelegenheit doch noch mit ihr beschäftigen muß. Die Auslassungen unseres Berliner Vertrauensmannes der Papier- und Lebergalanteriebranche, die anschließend zum Abdruck kommen, drängen ebenfalls darauf hin. Zwei Organisationen für eine Berufsgruppe ist Ansturm, und es zeigt sich ja hier wieder, daß solche Zustände unhaltbar sind. Die Aufregung der Sattler und Portefeuller erscheint begreiflich,

sind sie es doch, die bei der Sache nichts zu gewinnen haben.

Am der Frage nach den Berührungspunkten der Galanteriearbeiter mit den Sattlern aus dem Wege zu gehen, verfällt die „Portefeuller-Zeitung“ auf die ebenso dumme, wie einfältige Frage, welche Berührungspunkte ein Sanauer Eisarbeiter mit einem Beschneider in einer Leipziger Buchdruckerei habe. Der früher im Buchbinderverband organisiert und tätig gewesene W. scheint überhaupt nicht mehr zu wissen, für welche Branchen der Buchbinderverband statutengemäß zuständig ist und von jeder war. Das kurze Gedächtnis Ws. offenbart sich auch sonst noch. Der Portefeullerverband wurde mit überaus niedrigen Beiträgen gegründet. Das ist eine Methode, die nur darum geküßt ist, weil sie vor sieben bis acht Jahren versucht wurde. Heute würde ein solches Vorgehen als schmutzige Agitationsart ausgelegt und von allen Leuten, bei denen noch nicht alle Scham zu den Hunden entflohen ist, verurteilt. Gewiß, dazu gehört Energie, ein solches Vorgehen zu wagen, Aufopferung, die deswegen erfolglosen Angriffe zu ertragen, und Wig und Geist, sie abzuwehren, nach der „Portefeuller-Zeitung“ die vier Grundgedanken, die zur Gewinnung neuer Mitglieder notwendig sind. Dazu gehört aber weiter ein klein wenig mehr Ehrlichkeit, als wie sie W. in seiner Zeitung an den Tag legt.

Mit keiner Silbe geht er auf den Kernpunkt der Sache ein, auf die sachliche Begründung dafür, daß die Galanteriearbeiter, welche auf Photographicalben, Schmuckkästen, Kassetten, Papieralben, Blocks, Notes usw. arbeiten, unbedingt mit den Sattlern zusammengehen müßten. Das unterläßt W. wohlweislich, dafür ergreift er sich in Schmähungen, mit denen er die Haltlosigkeit seiner Schreiber zu verdeutlichen gedenkt. Wenn W. verlangen will, daß man mit ihm diskutiert, dann mag er seine schamlosen Anpöbeleien genau so wie seine kindischen Drohungen zuhause lassen und einen etwas maßvolleren Ton anschlagen, wie man es schließlich von einem Gewerkschaftsführer verlangen kann.

Der Verbandsvorstand richtete am 7. November folgenden Schreiben an den Vorstand des Portefeullerverbandes:

„An den  
Verband der Portefeuller und Lebergalanteriearbeiter.“

z. S. Herrn S. Weinschild. Offenbach.

Werte Kollegen! Am Mittwoch, den 4. d. M., war Kollege Weinschild auf unserem Bureau und ersuchte darum, daß unser Verbandsvorstand zu den in Nr. 43/44 der „Buchbinder-Zeitung“ erschienenen Artikeln betreffs Verschmelzung des Portefeuller- und Sattlerverbandes Stellung nehmen und das Erscheinen derartiger Artikel fernhin verhindern möge.

Unserem Verbandsvorstand ist dieser Wunsch vorgebracht worden, doch vermögen wir demselben nicht nachzukommen. Denn ganz abgesehen davon, daß uns zu einer derartigen Zensur nach der Verfassung unseres Verbandes kein Recht zusteht, vermögen wir auch nicht einzusehen, weshalb unseren Mitgliedern das Recht genommen werden sollte, sich frei darüber zu äußern, ob durch die Verschmelzung des Sattler- und Portefeullerverbandes nicht auch unsere Interessen berührt, ob nicht durch die Art der Produktions- und Betriebsverhältnisse ein Teil der jetzigen Mitglieder des Portefeullerverbandes nähere Beziehungen zu unserem als zum Sattlerverbande hätten.

Die Vertikummerung eines solchen Rechts würden unsere Mitglieder um so weniger begreifen können, als bekanntlich vor gar nicht langer Zeit der Buchbinderverband als allein zuständige Organisation für die Portefeuller angesehen wurde und die Lebergalanteriearbeiter mindestens ebenso gut für unseren Verband reklamiert werden können, als dies vom Portefeuller- und vom zukünftigen Portefeuller-Sattler-Verband geschieht bzw. geschieht wird.

Für an die „Buchbinder-Zeitung“ eingegangene Artikel tragen wir nicht die Verantwortung, müssen es auch ablehnen, wie es Kollege Weinschild wünschte, zu Artikeln, die nicht unseren Ansichten entsprechen, jedesmal unsere abweichende Meinung zu dokumentieren. Wenn wir solches für nötig halten sollten, muß unserem Ermessen überlassen bleiben.

Doch wir keine unzulässige Agitation zugunsten unseres Verbandes aufheizen — etwa unter Hinweis auf niedere Beiträge —, bedarf nicht erst einer besonderen Erklärung, da wir zum Heberflus auch Ihrem Kollegen Weinschild nachzuweisen in der Lage waren, daß es etwas derartiges nicht geben könne, weil wir in bezug auf Höhe der Beiträge dem Portefeullerverband voraus sind und für die

B. Klasse (Beitragsklasse) mit 30 Pf. Beitrag für männliche Mitglieder nur circa 110 männliche Mitglieder bei 12774 überhaupt in Frage kommen. Das sind jugendliche Arbeiter, die unter 15 Mk. wöchentlich verdienen.

Ueber angebliche ungehörige Äußerungen bzw. Agitation einzelner Funktionäre unseres Verbandes in Berlin und Nürnberg werden wir erst Erkundigungen einziehen, bevor wir darüber beschließen. Auf bloße Vermutungen hin pflegen wir nicht zu urteilen.

Mit kollegialem Gruß! Emil Kloth.

Notiz: Die von Weinschild mitgeteilte und vom Vorsitzenden des Sattlerverbandes ausgeprochene Vermutung: Unterzeichner sei der Verfasser jener Artikel in der „Buchbinder-Zeitung“ oder doch mindestens des mit th. unterzeichneten, trifft in keiner Weise zu, da ich von jenen Artikeln erst Kenntnis erhalten habe, als dieselben im Druck vorlagen. E. A.

**Vom Berliner Vertrauensmann der Papier- und Lebergalanteriebranche wird uns geschrieben:**

Es war vorauszusetzen, daß die bevorstehende Verschmelzung des Portefeullerverbandes mit dem Sattlerverbande zwischen Mitgliedern unseres Verbandes einerseits und den genannten Verbänden andererseits zu lebhaften Auseinandersetzungen Anlaß geben würde.

Wenn ich gleichfalls zu dieser Frage das Wort nehme, so nicht deshalb, um, ähnlich wie die Sattlerzeitung und die Portefeullerzeitung, Leben in die Diskussion zu bringen, sondern vielmehr deshalb, weil ich als Vertrauensmann der Berliner Galanteriearbeiter an dem Verlauf der ganzen Angelegenheit ganz naturgemäß lebhaft interessiert bin. Nicht der Verschmelzung wegen wird gestritten; gegen diese haben sich wenigstens Stimmen aus unserem Verlande nicht bemerkbar gemacht. Was jedoch die Ursache zu diesen Auseinandersetzungen ist, das ist der Umstand, daß das Agitationsgebiet des Portefeullerverbandes von dem unseres Verbandes nicht scharf genug abgegrenzt ist, ein Zustand, der zu Streitigkeiten unter den örtlichen Funktionären oft genug Anlaß gibt und deshalb als unhaltbar bezeichnet werden muß.

Die einmal vorhandenen Reibungsflächen werden selbstverständlich auch nach der erfolgten Verschmelzung solange fortbestehen, als der gegenwärtige Zustand fort dauert. Leute, die jedoch den Ernst der Arbeiterbewegung begriffen haben, dürften kaum an solchen Verhältnissen ihre Freude haben, sondern werden sicherlich bemüht sein, dieselben zu beseitigen. Das haben auch nach meiner Ansicht die Schreiber der Artikel in den Nummern 43 und 44 der „Buchbinder-Zeitung“ gewollt, wenn auch zugegeben werden soll, daß sie nicht gerade mit besonderem Geschick an die Lösung dieser Frage herangekreten sind, was unsere „Freunde“ drüben so in Sarnisch brachte. Vergleichen wir die Statuten des Portefeullerverbandes mit denen unseres Verbandes, so zeigt sich zwar, daß die Agitationsgebiete beider Verbände ineinander greifen; doch bei Abschluß des Kartellvertrages wurde doch vom Vorsitzenden des Portefeullerverbandes die Zusicherung gegeben, daß seitens seines Verbandes die Agitation unter den Galanteriearbeitern eingestellt werden wird, während unsererseits unter den Portefeullern nicht mehr agitiert werden sollte. Wir sehen also, daß durch diese beiderseitigen Erklärungen eine Abgrenzung der Agitationsgebiete erfolgt ist, nur, wie ich schon oben sagte, leider noch nicht scharf genug.

Das eigentliche Streitobjekt bildet das in beiden Statuten enthaltene Wort „Lebergalanteriearbeiter“. Schon die Frage: „Wer ist Lebergalanteriearbeiter?“ hat bei den Berliner Agitatoren des Portefeullerverbandes recht sonderbare Ansichten ausgelöst, nach denen leider auch gehandelt worden ist. So waren und sind wir auch noch der Ansicht, daß Arbeiter, die Portefeuller, Trepsen, Zahlfächer, Zigarrentaschen, Attenmappen und ähnliche weiche Lederarbeiten fertigen, als Lebergalanteriearbeiter zu bezeichnen sind. Für diese ist der Portefeullerverband die zuständige Organisation, dem wir auch die Agitation unter ihnen ausschließlich überlassen müssen. Arbeiter jedoch, die Noten-, Schreib- und Zeitungsmappen, Schreibunterlagen, Blocks, Notes, Papierkörbe, Schmuckkästen und ähnliche Artikel anfertigen, betrachten wir, da doch der eigentliche Bestandteil ihrer Produkte Pappe ist — manchmal ja auch Holz oder Blech — nur als Galanteriearbeiter, die im Portefeullerverband keine Aufnahme hätten finden dürfen, schon deswegen nicht, weil die eigenen Statuten kein Recht dazu geben. Es ist aber anders gehandelt worden. Und da nun einmal im nachbarlichen Gebiete gepörscht worden ist, so müssen auch, um dieses Tun zu rechtfertigen, Gründe gefunden werden. Diese sind nun allerdings, gelinde gesagt, mehr als kurios.



Man höre: Damit, daß die zuletzt bezichtigten Arbeiter als Galanteriearbeiter zu betrachten sind, ist man ja allenfalls einverstanden; doch mit dem Augenblick, wo zu den von ihnen zu fertigenden Artikeln anstatt Stoffe, Papier, Linoleum usw. als Leberzugstoff Leder zur Verwendung kommt, sind es Ledergalanteriearbeiter und demzufolge gehören sie auch in den Portefeuilerverband. Nach dieser mehr als sonderbaren Folgerung werden wir uns gar nicht wundern dürfen, wenn eines schönen Tages der Portefeuilerverband daher käme, nachdem auch diese Art von Ledergalanteriearbeitern, einsehend, daß sich auch an Gewerkschaftsbeiträgen sparen läßt, zu ihm gestoßen sind, und uns sein Bedürfnis nach weiterer Ausdehnung im Ausstrecken der Finger nach einem Teile der in den Großbuchbindereibetrieben beschäftigten Kollegen zu erkennen gibt, wobei ihm hier die bis ins Kleinste durchgeführte Teilarbeit den Schein der Berechtigung zu geben ebenso begünstigt sein müßte. Denn wenn man sich die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Portefeuilerverbandes betrachtet, so wird man ein solches Verlangen keineswegs als ausgeschlossen halten dürfen.

Doch uns muß daran gelegen sein, solche Konflikte mit der nun sich neubildenden Organisation zu vermeiden; und das kann geschehen, wenn beim Abschluß eines Kartellvertrages mit ihr der hauptsächlichste Wert auf eine möglichst genaue Abgrenzung der Agitationsgebiete gelegt wird. Dem wird auch der neue Sattler- und Portefeuilerverband nicht ausweichen können, wenn nicht der Anschein erweckt werden soll, daß er gerne im Trüben fischen und seine Mitgliederzahl auf Kosten des Buchbinderverbandes erhöhen will. Auch sollte nicht durch Festsetzung von Bestimmungen, wie sie unter Ziffer 2 des noch bestehenden Kartellvertrages zu finden sind, gegen das Prinzip der Einheitsorganisation gehandelt werden. Wenn auch niemals durch Vereinbarungen die Mitglieder zum Uebertritt von der einen in die andere, für sie zuständige, Organisation gezwungen werden dürfen, so sollte doch den vertragsförmlichen Organisationen nicht unterzogen sein, unter den auch hier für sie in Frage kommenden Arbeitern werben aufzutreten, denn die gegenseitige Konkurrenz ist doch nach erfolgter, möglichst genauer Abgrenzung der Agitationsgebiete nicht zu befürchten.

Und daß es möglich ist, eine ziemlich scharfe Grenze zu schaffen, ist nicht zu bezweifeln. Betrachtet man z. B. die Verhältnisse in Berlin, so sehen wir, daß fast in allen Betrieben, in denen Galanterieartikel gefertigt werden, welche Lederarbeiten nicht gemacht werden und ebenso umgekehrt. Es ist auch ein sonderbares Bild, wenn wir sehen, daß von den circa 800 Galanteriearbeitern und -Arbeiterinnen, die zum größten Teil dem Buchbinderverbande angehören, nur 60 bis 70 Mitglieder des Portefeuilerverbandes und obendrein in die verschiedenen Betriebe zerstreut sind. Da kann man sogar weiter gehen als der Artikelschreiber in Nr. 43 der „Buchbinder-Zeitung“, indem man mit Recht sagen kann, daß ihre Interessen nur ausschließlich vom Buchbinderverbande gewahrt werden. Hoffen wir, daß das nicht nur die Galanteriearbeiter selbst erkennen, sondern daß auch die Vorstände der beteiligten Organisationen Schritte unternehmen, um in diesen Verhältnissen Wandel zu schaffen.

Berlin. Victor Brudz.

## Hamburg-Altona.

II.

Der Streik im Jahre 1896 hat im Buchbinder-gewerbe Hamburgs eine Umwälzung verursacht, die von großer Tragweite war. Die Arbeitgeber glaubten wohl kaum daran, daß es wirklich an ein Loslösen gehen sollte. Man hielt die Buchbindergehilfen für viel zu friedliebende Naturen, als daß man von ihnen einen Streik befürchtete. Aber es wurde diesmal wirklich ernst, das berieten dem aufmerksamen Beobachter die umfangreichen Vorbereitungen, die in aller Stille getroffen wurden. Eine imposante Versammlung im September leitete die Bewegung ein, welche auch sehr bald in einen Streik ausging. Trotzdem die Innungen sich gegen die aufgestellten Forderungen erklärten, gelang es durch den vorzüglichen Zusammenhalt und die musterhafte Disziplin der Streikenden, nach neunwöchigem Ausharren im Kampf einen schönen Erfolg zu erzielen.

Der Streik hatte eine bedeutende Zurahme an Mitgliedern zur Folge, denn das Jahr 1896 schloß mit einem Bestand von insgesamt 686 Mitgliedern ab, wovon 364 weibliche waren. Aber ein großer Teil kehrte dem Verband bald wieder den Rücken; allerdings zweifelhaftes Element waren darunter, die den Verband nur als welfende Klub betrachteten und nun, nachdem sie das Fett abgeschöpft hatten, sich nicht mehr um ihn kümmerten.

Im folgenden Jahre wurde zuerst das Hilfs-kassensystem eingeführt, wodurch die Mitglieder-

zahl mehr an Stetigkeit gewann und die Fluktuation sich verminderte. Aber auch die lokalen Unterstützungs-einrichtungen waren von nicht zu uner-schätzendem Einfluß auf die innere Festigung. Schon 1891 wurde die lokale Arbeitslosenunterstützung eingeführt, welche mit den Jahren mehr und mehr verbessert worden ist.

Die wöchentliche Lokalsteuer betrug zuerst 5 Pf. und später 10 Pf. für Kollegen und 5 Pf. für Kolleginnen. Gegenwärtig beträgt der Lokalbeitrag für Kollegen 15 Pf. Die Gedanken, welche die Zahlstelle Hamburg seit 1891 speziell auf dem Gebiete des Unterstützungs-wesens mit Eifer verfolgt, hat äußerst befruchtend auf das ganze Verbandsleben zurückgewirkt.

Die lebhafteste Agitation für Schaffung eines graphischen Kartells führte 1899 wenigstens in Hamburg zur Konstituierung eines solchen, an dem sich außer unserer Zahlstelle die Buchdrucker, Lithographen und Steinbruder sowie die Buchdruckereihilfsarbeiter beteiligten. Man kann aber nicht behaupten, daß dieses Kartell besonders gut funktioniert hätte, obwohl zeitweise recht kräftige Ansätze zu gemeinsamen Aktionen vorhanden waren. In den Buchdruckern hauptsächlich lag es, daß dieses Kartell nicht das geworden ist, was man sich davon versprochen hat.

Im Anschluß an die Tarifbewegung in Leipzig, Berlin und Stuttgart im Jahre 1900 traten auch die Zahlstellen Hamburg und Altona in eine Lohnbewegung ein, die sehr günstig abschloß, denn sie konnte ohne irgendwelchen Ausfall zu Ende geführt werden. Am Ende dieses Jahres waren 499 Mitglieder, davon 169 weibliche, vorhanden. Zwei Jahre später folgte die Lohnbewegung der Etuisarbeiter, die ähnlich der Ledertredenerbewegung bei der Firma Hulze im Jahre 1899 ebenfalls im Sande verfiel. 1903 brachte uns wieder eine kleine Bewegung bei der Firma Mählmeister und Jöhler, die trotz der anfänglich guten Aussichten schließlich verloren ging. Von gutem Erfolg begleitet war dagegen die allgemeine Lohnbewegung desselben Jahres, bei der es nur zu wenigen Ausfällen kam. Diese Bewegung trug zum erstenmal den Charakter einer Tarifbewegung, und nur dem ab-lehnen Verhalten der Innungen war es zuzuschreiben, daß ein Tarif nicht zustande kam. Eine kleinere Anzahl Betriebe, die keine Zugeständnisse gemacht hatten, wurden im nächsten Jahre nachgeholt, während einige andere Firmen, die besonders rückständig waren, sich zu nicht unwesentlichen Zugeständnissen bequemen.

1906 kam zuerst der Gedanke einer Verschmelzung beider Zahlstellen auf, die ja schon bei allen wichtigen Aktionen, wie z. B. Lohnbewegungen, Hand in Hand arbeiteten. Aber die Verschmelzung scheiterte diesmal noch an dem Widerstand der Zahlstelle Altona. Beide Zahlstellen wiesen am Jahres-schlusse 698 Mitglieder auf gegen 672 am Schlusse des Jahres 1903. Den Einzug in das neue Gewerkschaftshaus hielten wir gleichfalls noch im Jahre 1906, benutzten aber der Sparnis wegen mit noch zwei anderen Gewerkschaften gemeinschaftlich einen Raum, worin der Arbeitsnachweis untergebracht wurde. Nach dem 10. Verhandstag 1907 bereitete sich allmählich die Verschmelzung der beiden Zahlstellen Hamburg und Altona vor, und ein Antrag auf Anstellung eines Lokalbeamten wurde beim Verbandsvorstand gestellt. Da kam aber inzwischen die Lohnbewegung hinzu, und alle Kräfte mußten sich wieder darauf konzentrieren. Die Lohnbewegung im Jahre 1907 unterschied sich von ihren Vorgängerinnen insofern, als es diesmal zuerst gelang, die Arbeitgeber zu Tarifverhandlungen zu bewegen. Diese Verhandlungen zogen sich ziemlich in die Länge und versprachen anfangs das Beste. Aber es sollte sich zeigen, daß die Unternehmer zwar einen Tarif wollten, aber nicht auch eine wirksame Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, worauf es uns doch vor allem ankam. Die beider-seitigen Tarifkommissionen gingen nach mehr-tägigen Verhandlungen unrichtiger Sache wieder auseinander und die Bewegung schien in das Stadium des Ausstandes eintreten zu wollen. In Gegenwart des hinzugezogenen Verbandsvorstehenden wurden jedoch die Verhandlungen wieder aufgenommen, aber auch jetzt gelang es, selbst auf der Basis eines revidierten Tarifs, nicht, einen Vertrag zustande zu bringen. Nach dem endgültigen Scheitern der Verhandlungen griff man zu dem altbewährten Mittel, mit den einzelnen Unternehmern zu verhandeln, und das hatte denn auch zur Folge, daß wir heute einen Tarif haben, der tatsächlich als Vertrag gilt und allgemein eingehalten wird, obwohl er formell nicht anerkannt wurde.

Ein beträchtlicher Zuwachs von Mitgliedern war die Folge dieser Lohnbewegung. Das Jahr 1907 schloß mit einem Bestand von 924 Mitgliedern ab, wovon 522 weibliche waren. Man erzieht zugleich hieraus, wie bedeutend eigentlich die weiblichen Mitglieder in Hamburg-Altona zugewonnen

haben, und es wird vielleicht die Zeit nicht mehr fern sein, da die Zahl der Kolleginnen die der Kollegen um das Doppelte überwiegt. So bedauerlich diese Erscheinung auch einerseits sein mag, so darf man doch nicht vergessen, daß die Veranschlagung der billigeren weiblichen Arbeitskraft im Wesen der industriellen Entwicklung liegt und wir uns gegen diese Entwicklung nicht mehr sträuben können. Das einzige, was wir tun können, ist, auf unsere Kolleginnen auffärend einzuwirken und sie dazu bringen, ihre Arbeitskraft höher einzuschätzen, damit die schlimmsten Auswüchse der weiblichen Konkurrenz möglichst eingeschränkt werden. Aber gerade in diesem Punkte wird noch viel gesündigt; die Arbeiterinnen werden nur zu oft von ihren männlichen Kollegen nicht als gleichberechtigte, sondern vielmehr als minderwertige Menschen angesehen und behandelt. Auf solche Art werden aber unsere Kolleginnen nicht für die Organisation gewonnen, sondern sie kommen wohl eher dazu, die Organisation zu mißachten, wenn ihnen die Vertreter derselben so wenig achtenswert erscheinen. Wir alle tragen an diesem Mißstande ein wenig Schuld, und es bedürfte vielleicht nur einer gründlichen Erörterung der angeregten Materie, um eine Wendung zum Besseren eintreten zu lassen.

Mit dem Jahre 1908 wurde die Verschmelzung unserer beiden Zahlstellen endlich perfekt, und als besoldeter Bevollmächtigter fungiert seit dem 1. März dieses Jahres der Kollege Friedrich Küster.

Das Bureau unserer Zahlstelle wurde nach dem Alten Steinweg 24 verlegt, da sich ein einzelner Raum im Gewerkschaftshause nicht beschaffen ließ. Die geplante Erweiterung des Gewerkschaftshauses wird uns voraussichtlich bald wieder in den Stand setzen, dort unterzukommen, was aus verschiedenen Gründen zu wünschen wäre.

Wenn die ersten 25 Jahre unsere Zahlstelle zu einer achtunggebietenden Macht werden ließen, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß noch viel zu tun übrig bleibt, um alle diejenigen, die uns noch fernstehen, für unsere Organisation zu gewinnen. Darum wollen wir uns geloben, alle nach Kräften am weiteren Ausbau unseres Verbandes mitzuarbeiten und nicht müde zu werden im schweren Kampfe um unsere elementarsten Menschenrechte. Wenn jeder seine ganze Person in den Dienst unserer Organisation stellt, dann trägt er auch zugleich zu seinem Teile bei zur Befreiung des Menschengeschlechts aus den Fesseln des Kapitalismus.

## Internationales.

**Schweden.** Auf Vorschlag des Vorstandes des Schwedischen Buchbinderverbandes beschloß die Kollegenchaft von Stockholm und Eskilstuna, ihre Forderungen von 30 Kronen für männliche und 20 Kronen für weibliche Personen auf 28 respektive 18 Kronen zu ermäßigen. Dies geschah, damit zum Ausdruck komme, daß nicht die Arbeiter die Ursache sind, wenn die Aussperrung nunmehr weitere Kreise zieht. Die Verhandlungen vom 11. November zeitigten jedoch, daß die Unternehmer keineswegs gewonnen sind, an der Herbeiführung des Friedens mitzuarbeiten, sondern strikte stellten sie sich auf den Standpunkt, daß sich die Arbeiter den Beschlüssen der Unternehmer zu unterwerfen haben. So kam keine Einigung zustande und die Verhandlungen wurden abgebrochen. Unter Umständen ist der Schwedische Buchbinderverband bereit, dem bereits in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ angebeuteten Vermittlungsvorschlag des staatlichen Schlichtungsbeamten zuzustimmen.

Die Aussperrung soll, wenn bis dahin noch keine Einigung zustande kommt, vom 23. November ab ausgebeutet werden und zwar auf die Lithographische Aktiengesellschaft in Norrköping, sowie auf die Firma G. Melin in Gothenburg. Am 20. November sollen die Mitglieder des Papierfabrikarbeiterverbandes und des Pappfabrikarbeiterverbandes ausgesperrt werden, denen am 30. November die Mitglieder des Textilindusriefverbandes folgen. Damit gerät die jetzt schon 19 Wochen andauernde Aussperrung in ein neues Stadium, denn aus dem Kampfe der Buchbinderarbeiterschaft mit dem Unternehmertum dieser Branche wird ein Kampf der Arbeiter mit dem Unternehmertum Schwedens überhaupt. Die dem internationalen Buchbindersekretariat angeschlossenen Verbände fanden bis jetzt bereits über 15 000 Mk. zur Unterstützung der Aussperrten an den Schwedischen Verband.

Die schwedischen Unternehmer bemühen sich nach wie vor, ihre drängenden Arbeiten im Ausland, vor allem in Deutschland, herstellen zu lassen. Wie wir bereits mehrfach betonten, handelt es sich in der Hauptsache um Kontobücher, deren Fertigstellung bereits an verschiedenen Plätzen verhindert wurde. Das Erkennen dieser Arbeit als Streifarbeits ist besonders schwierig. Der Unterschied liegt fast nur im Register, da das schwedische Alphabet den Buchstaben W nicht kennt, dagegen sind am Schluß des Registers

die Buchstaben A. Ä und Ö angebracht. Auch wird das Wort „Credit“ nicht mit G sondern mit K geschrieben. Überall da, wo derartige Arbeiten vorkommen, berichtet man dies sofort an den Verbandsvorstand.

Ungarn. Der Streik der Linierer in Budapest hat nach achtstägiger Dauer mit einem vollen Erfolge für die Arbeiter sein Ende erreicht. Streikbrecher waren keine vorhanden.

Korrespondenzen.

Schweden: Stockholm und Estifstuna sind gesperrt.

Norwegen: Gessperet sind Forsgrund und Skien.

Die wirtschaftliche Krise macht es unseren Mitgliedern mehr als je zur Pflicht, vor jedem Stellungswechsel bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigungen nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuholen. Die bestehenden tariflichen Abmachungen müssen strengstens eingehalten werden, und darum ist es unerlässlich, daß Vorstehendes genau beachtet wird.

In Karlsruhe, Aachen, Düsseldorf, W.-Glabbad und Köln befindet sich unsere Kollegenchaft in einer Tarifbewegung. Bei eventuellen Stellenwechsel resp. Arbeitsangeboten aus diesen Städten wende man sich unter allen Umständen an die betreffenden örtlichen Bevollmächtigten um Auskunft.

Köln. Am 15. November fand eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit der Antwort der Prinzipale auf die Resolution der Gehilfenkommission befaßte. Bekanntlich lautete diese dahin, in Anbetracht der Krise dem Angebot der Prinzipale, wie dieses in der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht wurde, zuzustimmen, wenn nach 2 Jahren auf die 3 ersten Positionen 1 M., auf die letzte 1,50 M. Zuschlag erfolge. Die Antwort lautete von den Buchbindermeister- wie Buchdruckereibesitzerorganisationen Kölns und Düsseldorf ab. Kollege Maier gab dies bekannt und gab er zugleich einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Kommission, welche ihre Arbeiten in 18 Sitzungen, 3 gemeinschaftlichen Konferenzen mit den Kollegen von Düsseldorf, Aachen und W.-Glabbad und außer 3 verteilten Besprechungen in 2 Sitzungen mit den Prinzipalen erlebte. Er schilderte die Schwierigkeiten, die die Prinzipale uns fortwährend entgegen ihrem anfänglichen Verhalten machten. So wollen sie jetzt die Hilfsarbeiter und Spezialarbeiter ganz unberücksichtigt lassen. Nach hartnäckigem Widerstreben gaben sie ihr Ziel endlich auf, die Tarifdauer auf 4 1/2 Jahre festzusetzen mit Endtermin am 31. Juni, und willigten sie in eine 5jährige Dauer. Dafür haben sie aber eine ominöse Bestimmung eingefügt: Die Mündigung des Tarifs soll eine neunmonatliche sein und müssen die Verhandlungen in der Zeit vom 31. April bis 31. Juli beendet sein, während der Tarif am 31. Dezember abläuft. Daran sieht man, daß es mit den friedlichen Absichten der Prinzipale nicht allzuweit her ist, sie bestritten dies allerdings, aber mit Gründen, die wir als berechtigt nicht anerkennen können. Kollege Hornbach vom christlichen Verband schilderte die Verhandlungen mit den Prinzipalen und sollte man erst alle friedlichen Mittel versuchen, um eine Einigung zu erzielen. Er schlug vor, die Löhne zu akzeptieren bei einer 3jährigen Tarifdauer und Entfernung der Bestimmungen betreffend Tarifablauf. Kollege Groenhoff führt den Kollegen vor Augen, daß ein jeder sich der Konsequenzen bei der Abstimmung bewußt sein müsse und die volle Verantwortung mit übernehme. In der Diskussion, die recht lebhaft war, äußerten sich alle Redner sehr unzweifelhaft über die Zustände der Prinzipale, und wurde von allen Seiten betont, daß der gemachte Vorschlag das Weisgeheudste sei, dem man zustimmen könnte. Eine dementsprechende Resolution wurde in geheimer Abstimmung gegen 2 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen von der von 200 Personen besuchten Versammlung angenommen. Die Düsseldorf Kollegen werden sich am 16. in einer öffentlichen Versammlung mit der Angelegenheit befassen.

Stuttgart. Am 31. Oktober hielten wir unsere vierteljährliche Generalversammlung ab. 53 männliche Mitglieder waren erschienen. Diesen Besuch muß man schon als befriedigend bezeichnen, wenn man den Besuch unserer Versammlungen in den letzten Jahren betrachtet. Wir wissen wohl, daß unsere Mitglieder, wenn es gilt, in irgendeiner Form die Ziele des Gewerkschafters zu vertreten, sei es direkt für den eigenen Herd oder für bedrängte Kameraden, ihren Pflichten — ein Teil sogar bis zum äußersten — nachkommen werden. Es genügt jedoch absolut nicht, den Vorfall zu haben, wenn

es gilt, dabei zu sein, sondern der innere Ausbau unserer Organisation erheischt es, daß alle unsere Mitglieder sich die nötige Schulung aneignen, die zur Erfüllung unserer Aufgabe notwendig ist. Dazu sind auch die Versammlungen da. Die Gleichgültigkeit, denn anders ist das Verhalten der Masse unserer Mitglieder nicht zu bezeichnen, könnte sich aber einmal bitter rächen. Der Geist der Solidarität, der Kameradschaft und insbesondere die Steigerung des Austauschs der Organisation wird doch zum großen Teil in unseren Zusammenkünften betätigt. Darum, Kollegen und Kolleginnen, sucht den Verband nicht nur in Zeiten des Erstes auf, sondern erweicht ihm jederzeit Euer Interesse.

Der vom Vorsitzenden gegebenen Geschäftsbericht konstatiert ein ruhiges Vierteljahr. Drei Zahlstellenversammlungen mit je einem Vortrag, 8 Werkstättenversammlungen für Agitation und 7 Vorstandssitzungen zur Erledigung der Verwaltungsarbeiten fanden statt. Zur Pflege der Geselligkeit dienten ein Ausflug nach Marbach mit der Besichtigung des Schillerdenkmals, und der „Gute Montag“, weiter ist der Besuch zweier Ausstellungen zu erwähnen. Der Mitgliederstand ist bei den Männlichen derselbe wie am Schluß des 2. Quartals, bei den Weiblichen ist ein Rückgang von 21 Personen vorhanden. Zurzeit sind es 644 männliche und 533 weibliche Mitglieder. Der Rückgang hat seinen Grund darin, daß eine große Anzahl weiblicher Mitglieder wegen Kosten gestrichen werden mußte. Zu bedauern ist, daß bei den Werkstättenversammlungen immer zwei persönliche und kleinliche Angelegenheiten die kostbare Zeit für die Agitation wegnehmen oder gar noch dieselbe unmöglich machen.

Der Geschäftsgang war auch in diesem Quartal ein flauer, teilweise ein sehr schlechter. Ende des Quartals wurde es ein wenig besser. Die Zahl der Arbeitslosen am Ort ist auf 20 gesunken. Die Aussicht ist jedoch keine rosig.

Aus dem Kassenbericht ist zu bemerken: Die Hauptkasse bilanzierte mit 7625 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 2241,84 M., der eine Ausgabe von 2955,48 M. gegenübersteht. Die Summe, die für Unterhaltungen verausgabt wurde, betrug bei der Verbandskasse 2910,25 M. und bei der Lokalkasse 1588 M. Diese Summen wurden sonst in einem halben Jahre nicht erzielt.

Die Mitglieder steuern in folgenden Klassen: 1. Klasse 169 weibliche, 2. Klasse 364 weibliche und 4 männliche, 3. Klasse 39 männliche, und in die 4. Klasse 600 männliche Mitglieder. Somit ist bis zum 1. Oktober ein Zugang in die höheren Klassen zu verzeichnen.

Die Versammlung beschäftigte sich dann noch mit der Entgegennahme eines Berichts über die tariflichen Verhältnisse unserer Zahlstelle. Wir wollen heute nicht auf dieses Thema eingehen. Die einzelnen Monits werden wir bei einer anderen Gelegenheit desto gründlicher besprechen. Jedoch aufgehoben ist nicht aufgehoben.

Breslau. Die gut besuchte Versammlung vom 7. November befaßte sich außer dem Geschäfts- und Kassenbericht fast ausschließlich mit der Einführung der Extrasteuer. Nachdem Neugebauer den Kauf der Marken aufs wärmste empfohlen und ausbreidlichst hervorgehoben hatte, daß nur eine gut gefüllte Kasse allen Kämpfen trohen könne, entspann sich eine lebhaft Debatt über den von Neugebauer gemachten Vorschlag, die Extrasteuer am Orte obligatorisch einzuführen. Kleinert meint, daß die männlichen Mitglieder 20 und die weiblichen 10 Pf.-Marken pro Monat kleben sollen. Die Abstimmung ergab 16 Stimmen für freiwilligen und 12 für obligatorischen Extrabeitrag. Scheu führte aus, daß ein kleiner Zwang ausgeübt werden müßte, da bei der hierorts unter den Mitgliedern eingerissenen Flaubet mit einer großen Opferfreudigkeit nicht zu rechnen ist.

Die in Aussicht genommene öffentliche Versammlung findet am Montag, den 23. November, in der „Scala“ statt. Der Walfotteabend findet Sonntag, den 6. Dezember, im Gewerkschaftshaus statt.

Wittenberg. Am Sonnabend, den 14. November, fand hier eine Versammlung statt. Vor Beginn der Versammlung fragte ein erschienenener nichtorganisierter Kollege an, welche Vorteile ihm der Verband bieten kann. Kollege Spielhagen erteilt ihm eine entsprechende Aufklärung. Darauf weist Kollege Schwarz auf die Wichtigkeit der Krankenentwahlen hin und fordert er zur einmütigen Beteiligung auf. Sodann führt Schwarz aus, daß es bei einer ständig hohen Mitgliederzahl, wie sie Wittenberg aufweise, schon längst an der Zeit wäre, hier zur Gründung einer Zahlstelle zu sprechen. Länger Ausführungen macht Spielhagen, der die Organisationsarbeit am Orte von Anfang an mitgemacht hat. Die Absicht, hier eine Zahlstelle zu gründen, besteht seit Herbst 1905. Das Zustandekommen schätzte zumeist daran, daß die führenden Kräfte stets kurz vor der Vollendung abreisten.

Seute sind die Verhältnisse günstiger. Wir haben drei verheiratete Kollegen, drei sind hier anständig und der Rest ist schon so lange am Orte, daß man sie als ständig betrachten kann. Bei den Kolleginnen war ein Wechsel zu verzeichnen. Redner betont dann die verschiedenen Vorteile, die dem Verbands aus der Gründung erwachsen. Er empfiehlt zugleich, mit der Gründung der Zahlstelle auch die Berechtigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages zu beantragen. Nach kurzer Aussprache stimmt die Versammlung den Vorschlägen zu und beauftragt Spielhagen, die Beschlüsse zur weiteren Veranlassung dem Gauleiter Herzberg-Magdeburg mitzuteilen. Weiter fordert der Vorsitzende zur fleißigen Benutzung der zentralisierten Gewerkschaftsbibliothek und zum Besuch der öffentlichen Versammlungen auf. Ferner wird die Lokalfrage geregelt. Zur Extrasteuer sprechen sich Schwarz und Spielhagen dahin aus, daß dieselbe auf manchen schwache Mitglieder beunruhigend wirken wird. Sie sehen auf die Verbandsleitung das Vertrauen, daß sie die Verbandskasse in gesunden Verhältnissen erhalten wird und eruchen die Mitglieder um rege Anteilnahme. Letzteres ist erfreulicherweise der Fall. Aufgenommen wurde eine Kollegin. Nachdem der Vorsitzende die Kollegenchaft bittet, in Zukunft in erhöhtem Maße mit an der Organisation zu arbeiten, schließt er die Versammlung.

Deßau. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit den Krankenentwahlen. Als Kandidaten wurden die Kollegen Boigt und Bursfürst einstimmig gewählt. Feistel macht noch besonders darauf aufmerksam, daß jedes wahlberechtigte Mitglied auch sein Wahlrecht ausübe.

Ein großer Teil der hiesigen Kollegen steht dem Verbands noch fern, etliche davon waren schon Mitglieder. Sie sind aber ausgetreten, da sie sich in lebenssicherer Stellung wähnen, und ist es sehr schwer, dieselben zum Beitritt zu bewegen. Auch unter den Kollegen selbst besteht eine besondere Laubet, welche nur zahlende Mitglieder, aber für Mitarbeit und Agitation nicht zu haben sind. Ein eingesehter Vortrag über „Tarifbewegung“ konnte nicht stattfinden, da der Referent nicht erschienen war.

Döbenburg. In allen denjenigen deutschen Städten, in denen unsere Organisation sich Eingang verschafft hat, geben die Kollegen hin und wieder einen Bericht von der gegenwärtigen Lage, welcher den stellesuchenden Kollegen — besonders bei der diesjährigen Krise — von großer Wichtigkeit ist. In diesem Sinne sollen auch diese Zeilen der Kollegenchaft dienen. Am Orte befinden sich 4 Buchbindereien und 3 Buchdruckereien, in denen 17 Gehilfen, 8 Hilfsarbeiter und 15 Arbeiterinnen beschäftigt werden. Die Löhne sind den örtlichen Verhältnissen gegenüber größtenteils sehr gering. Es erhalten nur 5 Gehilfen, welchen natürlich auch zugleich die Beaufsichtigung des Personals mit übertragen ist, einen Lohn von 24 bis 35 M. Die Löhne der anderen 12 Gehilfen schwanken zwischen 16 bis 23 M. und es sind meist Stundenlöhne. Die Arbeiterinnen, welche hauptsächlich in den Buchdruckereien beschäftigt sind, befinden sich in derselben Lage, denn der Lohn der schon seit 2 bis 3 Jahren Beschäftigten beträgt 15 bis 20 Pf. pro Stunde. Dabei muß ganz besonders hervorgehoben werden, daß diese Arbeiterinnen trotz der geringen Löhne die gelehrten Arbeiter vollständig ersetzen, denn sie werden nicht bloß zum Falzen, Zusammentragen und Heften usw. herverwandt, sondern sie verrichten auch Gehilfenarbeiten, z. B. Leimen usw. Bei den jüngeren Arbeiterinnen, welche 1/2 bis 2 Jahre im Beruf tätig sind, beträgt der Lohn 10 bis 17 Pf. pro Stunde, was natürlich zur Folge hat, daß diese Mädchen sehr oft die Stellen wechseln und in Spinnereien und Tabakfabriken ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern suchen, was natürlich bei dem Versuch, sie für unseren Verband zu gewinnen, ganz besonders ins Gewicht fällt.

Wenn man nun die Buchbindereibetriebe in hygienischer Hinsicht prüft, so bleibt noch viel zu wünschen übrig. Die 2,40 Meter hohe Werkstatte der Buchdruckerei Gebr. Stalling ist bei der jetzigen Jahreszeit mit Zugluft sowie durch Stereotypie und Gasmotor verursachten Meis- und Gasdunst fast immer angefüllt. Diese Firma kennt überhaupt die Buchbindereiarbeiter nur als Menschen zweiter Klasse. Die „Waschmaschine“ ist ein — Schmutzeimer, und an eine Garderobe ist überhaupt nicht zu denken. Die Aborte für männliche Beschäftigte haben den Höhepunkt der Unsauberkeit erreicht, und es ist nicht recht begreiflich, daß die organisierten Buchdrucker diesem Uebelstand nicht abhelfen.

Die Arbeitszeit beträgt bei fast allen in der Branche Beschäftigten 10 Stunden täglich, und es ist auch wieder die Leitung der Firma Stalling, die nicht besonders davon eingenommen ist, daß die Ar-



beitszeit verkürzt wird. Denn als ein dort beschäftigter Kollege vorum antrug, an Sonnabenden die Arbeitszeit um 1 Stunde zu verkürzen, wurde ihm die Antwort, er solle machen, daß er hinauskomme, er wolle doch nur agitatorisch wirken.

Es soll nun an den Kollegen selber liegen, sich nicht unter 24 Mk. anzubieten. Dieser Lohn ist durchaus nicht zu hoch bei den diesigen Verhältnissen.

**Reinigung.** Einen recht interessanten Verlauf nahm unsere vorgängig beschriebene Mitgliederversammlung. Die zur Sprache gebrachte freiwillige Extrasteuer hat manchen Kollegen veranlaßt, seiner Meinung Ausdruck zu geben. Allseitig wurde betont, daß eine Stärkung unserer Zentralkasse absolut notwendig und in unserem ureigensten Interesse gelegen ist. Hervorgehoben wurde jedoch, daß es jedenfalls die Provinzkollegen wieder sind, die proportional die meisten Opfer bringen. Wenn man berücksichtigt, daß doch in den Tarifstädten Kollegen oft mehr als das Doppelte als die Provinzkollegen verdienen, so ist es doch nur logisch, wenn diese auch den entsprechenden Beitrag leisten würden. Jedenfalls aber ist es Pflicht eines jeden Kollegen, nach besten Kräften beizusteuern.

Des öfteren schon ist es der Fall gewesen, daß organisierte Kollegen, von der „Walze“ kommend, hier tarifmäßige Beschäftigung gefunden haben, aber — sofern sie noch nicht ausgeheuert sind — nach einigen Stunden oder Tagen aus nichtigen Ursachen der Arbeit den Rücken kehren. Ein solches Verfahren ist nicht scharf genug zu verurteilen. Es zeigt an und für sich schon von moralischem Tiefstand, wenn man auf die Unterstützung des Verbandes rechnet und Arbeit deswegen ausschlägt, weil man noch was „rauszuholen“ hat, ganz abgesehen von dem Eindrud, den es auf die nichtorganisierten Kollegen machen muß. Eine weitere Folge ist, daß die Prinzipale Kollegen von der „Walze“ nicht mehr einstellen. Wünschenswert wäre es, wenn diese Kollegen sich vorstehendes merken würden oder Mittel und Wege gefunden werden, solchen Zuständen ein Ende zu machen.

**Rundschau.**

**Zk. Die Firma „Gohweiler Etuis-Presserei G. m. b. H.“ in Schwarzenberg i. Sa.** zeigt, wie weit der Zepplin-Dummel gehen kann. Diese Firma hat „Schachteln“ erfinden in der Form des Zepelins — Luftschiffes, welche als Verpackung gedacht sind für Bomben, Granaten, Minen, etc. usw. mit der Werbung auf dem Boden, daß der Besitzer der Schachtel einen Beitrag geleistet hat für die Nationalspende für Zepplin. Wie die Firma in einem Prospekt an die Kundenschaft bemerkt, soll durch diese „Erfindung“ den weniger bemittelten Massen Gelegenheit gegeben werden, sich an der Nationalspende zu beteiligen und nennt die Firma dieses ein glückliche Idee, um dem Luftschiffbau Gelder zuzuführen!

Wenn wir nun zu diesem Vorhaben Stellung nehmen, so geschieht dies, weil wir die Ansicht vertreten, daß man in den Kreisen versuchen soll Gelder für den Luftschiffbau aufzubringen, welche ein Interesse dafür haben oder sich einen Vorteil davon versprechen. Wir meinen, die große Masse, also die weniger bemittelte Klasse, hat doch sicherlich keinen Vorteil von den Luftschiffen: im Gegenteil, sie muß nur noch die Kosten für diese aufbringen. Allerdings, die Panzerplatten-Patentien haben für diese Sache bis jetzt noch nicht viel Interesse betätigt.

Und im Grunde genommen werden doch wohl nur die Arbeiter, welche diese Schachteln herstellen, die Hauptleidtragenden sein. Man muß beachten, daß bei den folgenden Preisen an jedem einzelnen Stück, wie es ja der Aufdruck auf dem Boden besagt, ein Uebererschuß verbleiben soll.

Die Preise der Zepplinschachteln, welche in sechs Größen zu haben sind, betragen 2,15 Mark (Länge 70, Breite 20, Höhe 12 mm) bis 13 Mark (Länge 220, Breite 47, Höhe 30 mm) das Gros. Bei solchem Preis muß man sich wirklich fragen, was da wohl der Arbeiter für Lohn erhält. Die „Gohweiler Etuis-Presserei, G. m. b. H.“, welche außer in Schwarzenberg i. Sa. noch in Annaberg i. Erzgeb. und Wien Filialen unterhält, ist ja verschiedenen Kollegen bekannt bezüglich des Nichthaltens ihres Versprechens. Die Firma hatte mit der Wiener Organisation einen Vertrag abgeschlossen, um denselben bei der nächsten Gelegenheit nicht einzuhalten, wie die Bezahlung der Feiertage. Auch die Löhne, speziell die der Arbeiterinnen, sind um ein ganz bedeutendes reduziert worden. Wäre die dortige Organisation so gewesen, wie sie hätte sein können, dann hätte die Firma sich dieses Vorgehen jedenfalls überlegt. So aber hat sich die Kollegschaft diese Zustände selbst zuzuschreiben.

Die Breslauer Stadtverordnetenwahlen brachten der Arbeiterschaft einen wohlverdienten Sieg, indem diese drei Mandate eroberte und in zwei Bezirken

in aussichtsreicher Stichwahl steht. Unter den Gewählten befinden sich zwei unserer Kollegen, nämlich Parteisekretär Neufisch und Redakteur Albert. — Die Stadtratsratswahlen in Altenburg eroberten ebenfalls mit einem Erfolge in der 3. Klasse für die Arbeiter, deren Liste 700 Stimmen mehr erbrachte als die der Gegner. Unser bewährter Kollege Edmund Buchwald hat jedoch infolge vorgerückten Alters nicht wieder mitkandidiert.

**Gift und Galle** seit die „Deutsche Arbeiterzeitung“, weil wir in unserer Nummer 43 uns an leitender Stelle mit einem Teil des innersten Wesens der Arbeitgeberorganisationen beschäftigt und die Phrase vom „nationalen“ Arbeitgebertum beleuchteten. Wenn man die Wirkung unserer Ausführungen in den Spalten der neuesten Nummer der „Arbeiterzeitung“ nachliest, dann müssen sie direkt ins Schwere getroffen haben. Man verlange aber beiläufig nicht, daß die „Arbeiterzeitung“ sich in irgend einer Weise zu unseren Ausführungen äußert. Das zu tun, unterläßt sie wohlweislich, nur schimpft sie wie ein Mohrrisp, wie sie immer zu tun pflegt, wenn ihr unangenehme Wahrheiten gesagt werden. Das ist das Privileg der kapitalistischen Schriftschreiber, um welches wir sie gewiß nicht beneiden.

**Zusammen.** Am 7. November konnte der Pressefaktor der Großbuchbinderei von G. Koch in Stuttgart auf eine 43jährige Tätigkeit in dem genannten Betrieb zurückblicken. Noch ein Jahr länger ist der Buchbinder G. Weisler dort beschäftigt. Neben diesen beiden sind seit mehr als 25 Jahre in genannter Firma tätig Hrl. Oppenländer (36 Jahr), die Kollegen Zug (36 Jahr), Sickenhaar (35 Jahr), Mebert (34 Jahr), Hinf (33 Jahr), Miede (32 Jahr), Binder (29 Jahre), Hermann (28 Jahr), Erdmann, Müller und Gröninger (25 Jahr). Ein Teil der Genannten haben die drei Arbeiterausstände bei der Firma mitgemacht, und ist es jedenfalls anerkennenswert, daß die Firma entgegen den sonst vielfach üblichen Methoden eine Unterbrechung der Tätigkeit darin nicht hielt.

**Wo sitzen die Schuldigen?** Ende voriger Woche eilte eine Schreckensstunde durch die deutschen Lande: mehr denn 350 brave Arbeiter sind im Ruhrkohlenbezirk dem gräßlichsten Tode überantwortet worden. Nicht durch eigene Schuld mußten sie ihr Leben lassen, sondern als Opfer eines fluchwürdigen Systems sind sie gefallen, dem Kapitalisteninteresse sind sie geopfert worden. Wer trägt die Schuld? Nicht die Verwaltung, so tönt es auch diesmal wieder — wie schon so oft. Schuldlos steht sie da, verkündete ein Oberbergamt etwas sehr Boreilich. Er wartete keine Untersuchung ab, für ihn ist das Urteil im voraus fertig, und feinszeglichen sind es, die die Untersuchung zu führen haben werden. Das sagt genug. Wer aber sind die Schuldigen? Es sind die, unter denen ein solches folgenföhveres System gezüchtet wird. Mehr Vergarbeiterföh, so lautet die Forderung der Arbeiter. Versprochen wurde der Schutz, eingehalten sind die Versprechungen nicht worden — wie schon so viele. Und das sind diejenigen, die die Schuld an diesem Massenmord tragen, die sich gegen jeglichen Arbeiterschutz wenden. Das sind die Schuldigen, die heute vage Weisheitsföhungen vom Stapel lassen, um morgen doch wieder sich gegen die Arbeiterforderungen zu wenden, bestens sekundiert von einer volks- und arbeiterfeindlichen Regierung.

**Für den Verband der Barbier- und Friseurgeschäften** erlät die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einen Aufruf, der in der Auforderung gipfelt, den Verband der Friseurgehilfen in der Agitation um Heranziehung der Gehilfen zur Organisation nach Mglichkeit zu unterstützen. Schon der Köliner Gewerkschaftscongreß erkannte an, daß „die Agitation unter den Barbier- und Friseurgehilfen infolge der rüdständigen Verfassung des fraglichen Gewerbes außerordentlich erschwert“ und daß es notwendig sei, „daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jede sich ihnen als Kunden der Barbier- und Friseurgeschäfte bietende Gelegenheit zur Auffklärung der Gehilfen benützen und nötigenfalls ihren Einfluß geltend machen, um die Geschäftsinhaber zu bewegen, das Koalitionsrecht anzuerkennen.“ Seitens des Vorstandes des Friseurgehilfenverbandes wird Agitationsmaterial in genügender Weise zur Verfügung gestellt. Zur planmäßigen Einleitung dieser Agitation sind zunächst die örtlichen Gewerkschaftsstellvertreter in Verbindung mit den bestehenden Filialen des Friseurgehilfenverbandes berufen. Der Friseurgehilfenverband zählte am Schlusse des zweiten Quartals erst 2122 Mitglieder.

**Friedensschluß in der Lancashire Baumwollindustrie.** Die Lohnstreitigkeiten zwischen den Baumwollspinnereibesitzern und den Arbeitern, die mehrere Monate dauerten und in Lancashire große Not verursachten, sind am 6. November beigelegt worden. Wie hierzu noch weiter mitgeteilt wird, haben sich

die Baumwollarbeiter im Prinzip damit einverstanden erklärt, eine zweite Abstimmung über die Vorschläge der Arbeitgeber, über die vom 1. Januar 1909 an eine fünfprozantige Lohnerhöhung einzutreten solle, vorzunehmen. Die Lohnstreitigkeiten haben also mit einer Niederlage der Arbeiter geendet. Aber auch den Unternehmern hat, wie wir der „Textilarbeiter-Zeitung“ entnehmen, dieses Mittel zur „Gesundung des Marktes“ ganz enorme Verluste gebracht, und sie dürften sich wohl auch fragen, ob das Mittel denn nicht doch etwas sehr kostspielig gewesen ist. Die Verluste, welche die Spinnereindustrie durch die Betriebsunterbrechung erleidet, beziffern sich auf rund 30 bis 40 Millionen Mark wöchentlich. Man beziffert das in den Spinnereien angelegte Kapital auf zirka 1 Milliarde Mark. 1200 Millionen Mark beträgt der Wert des jährlich verbrauchten Rohmaterials, welches durch die Betriebsunterbrechung ein Großhandelswert von 2700 Millionen Mark erhält. Die Differenz von 1500 Millionen Mark entfällt in der Hauptsache auf Löhne und die Verzinsung des Kapitals. Da nun die Baumwollindustrie zu drei viertel rund 40 Millionen Spindeln liegen still an der Betriebsunterbrechung beteiligt ist, muß man allein den direkten Verlust auf rund 20 Millionen Mark wöchentlich berechnen. Dazu kommen die 7 Mill. Mark, welche die Arbeiterverbände bisher an Ausstattungsunterstützungen zu zahlen hatten, früher als das verlorne oder vielmehr nicht verdiente Geld, das man für die von der Baumwollspinnerei abhängigen Gewerbe ausgeben muß. Dann sind nach den Berechnungen von Hamilton diese insgesamt rund 40 Millionen wöchentlich anzunehmen. Der Gesamtverlust wäre danach, da der Streik jetzt gegen 7 Wochen dauert, auf etwa 250 Millionen Mark zu beziffern.

Diese Verluste einzuholen, wird für alle Beteiligten eine schwere Aufgabe sein. Eins steht nun aber wohl jetzt zu erwarten, nämlich eine Befestigung der Baumwollpreise und ein Anbruch besserer Beschäftigung in der ganzen — auch in der deutschen — Baumwollindustrie.

**Ueber die Konkurrenz durch die Gefängnisarbeit** berichtete die „Buchbinder-Zeitung“ in ihrer Nr. 42. Dabei war ein Schriftstück der Gefängnisarbeitskasse des königlichen Untersuchungsgefängnisses in Breslau zum Ausdruck gekommen, welches die Gemeingefährlichkeit dieser Konkurrenz grell beleuchtete. Zu diesem Schriftstück des königlichen Untersuchungsgefängnisses bemerkt die Breslauer „Volkswocht“ sehr richtig:

„Tatsache ist, daß mangelnde soziale Einsicht der Breslauer Buchbindermeister an dieser neuesten Gefährdung ihres Gewerbes mit die Schuld trägt. Würden sie mehr als bisher die Forderungen ihrer Gehilfen berücksichtigen, so würden auch die Gehilfen mit ihnen gemeinsam den Kampf gegen das Ueberhandnehmen der Gefängnisarbeit aufnehmen können. So wie die Dinge heute liegen, trägt niemand mehr zur Förderung der Schutzkonkurrenz bei, wie gerade die tarif- und verbandsfreundlichen Breslauer Meister in der Buchbindergewerbe. Sie sollten endlich einsehen, daß eine derartige Gefährdung ihrer Existenz, wie sie die übermäßige Gefängnisarbeit darstellt, nur im Verein mit den Arbeitern abgewendet werden kann.“

Die Handwerkskammer in Liegnitz richtete im Januar dieses Jahres an das Abgeordnetenhaus eine Petition, in welcher die Schädigungen des Buchbinder- und Buchdruckerwerbes durch die Gefängnis- und Zuchthausarbeit beleuchtet und um Abhilfe gebeten wurde. Auf Antrag der Handels- und Gewerbekommission überwies das Haus der Abgeordneten die Petition der königlichen Staatsregierung als Material. Bei dem dem Handwert so vielfach verscherten Wohlwollen hätte man annehmen sollen und auch erwarten können, daß wenigstens die Hauptbeschwerdepunkte der Petition in Berücksichtigung gezogen worden wären. Weit gefehlt! Als Antwort kam die in Nr. 42 mitgeteilte Verfügung!

**K. K. Die preussische Gesellschaften und die Konsumvereine.** In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ wird der Widerspruch beleuchtet, der darin steckt, daß man im Entwurfe zur preussischen Gesellschaftensteuer die Konsumgenossenschaften kapitalistischen Betrieben gleichsetzt. Es heißt da:

Was aber für die wirklichen „kapitalistischen Affoziationen“ angebracht sein mag, wird Insinn und kraßes Unrecht, wenn es in mechanisch gleicher Weise auf Gesellschaften Anwendung findet, die keine kapitalistische, sondern genossenschaftliche Affoziationen sind, die nicht Gewinne an anderen, sondern Ersparnisse für ihre Mitglieder als Konsumenten erzielen, und deren wirtschaftliche Erfolge ganz überwiegend von der persönlichen Teilnahme der einzelnen und nicht vom Kapital abhängen. Bei den Konsumvereinen spielt ja naturgemäß das Kapital eine geringfügige und durchaus untergeordnete Rolle gegenüber der aktiven Beteiligung der Mitglieder,

nämlich ihrem Warenbezug. Je größer dieser, um so besser die Rentabilität des Betriebes und um so höher infolgedessen auch die Ersparnis der Mitglieder beim Warenbezug. Aber weiter: die Gesamtübertragung der vereinigten Konsumenten infolge gemeinsamen Warenbezuges wird unter die einzelnen nicht nach Maßgabe des Kapitals oder Geschäftsanteils verteilt, mit dem sie an der Genossenschaft beteiligt sind, sondern nach dem Verhältnis der Zuanpruchnahme ihres gemeinschaftlichen Betriebes. Sie erhalten deshalb, von einer ganz unbedeutenden landesüblichen Verzinsung des kleinen Geschäftsanteils vielfach abgesehen, keine Kapitaldividende, sondern eine Preisrückvergütung von foundsobiol Prozent nach Jahreschluß. Würde diese als Gewinn aus Geschäftsanteilen betrachtet, so würde sie sich in die Hundert von Prozenten dieses Kapitals belaufen. Zum Beispiel würde ein Konsument, der bei 30 M. Geschäfts Guthaben und bei 300 M. Warenentnahme 10 Proz., also 30 M. Preisersparnis zurückvergütet bekommt, genau 100 Proz. Kapitalgewinn gemacht haben! Wie töricht eine solche Annahme aber wäre, macht die Tatsache ohne weiteres ersichtlich, daß die Konsumvereine ihren angebliden „Gewinn“ eben nicht nach dem Verhältnis der eingezahlten Geschäftsanteile verteilen. Macht die Gesamtsumme der Rückvergütungen 100 Proz. aller Geschäfts Guthaben aus, so kann, im obigen Beispiel verblieben, der Konsument, der zwei Anteile mit insgesamt 60 M. eingezahlt hat, nicht 60 M. „Kapitalgewinn“ verlangen, sondern nur 10 M. Preisrückvergütung, wenn er für nur 100 M. Ware entnommen hat.

Aber es scheint, als wolle man in Preußen der Konsumvereinsfeindlichen Steuererhebung nunmehr die Krone aufsetzen durch eine gewalttätige Verschärfung konsumgenossenschaftlichen Wesens. Obwohl die Wissenschaft und fast durchweg auch die Rechtspredung eine Gewinnerzielung in Konsumvereinen

überhaupt verneinen, obwohl es zu den Fundamentalfäden der Rechtslehre gehört, daß die Genossenschaften keine Kapital-, sondern Personalgesellschaften mit ganz überwiegend persönlichen Moment sind, sollen die Konsumvereine nicht nur als Erwerbsgesellschaften, sondern sogar als großkapitalistische Molochs besonders kräftig besteuert werden. Es handelt sich hier einfach um ein nacktes, kraßes Ausnahmesteuergesetz für die Genossenschaften der ärmeren Volksklassen. Sie alle werden sofort in die höchste Steuerstufe einrangiert werden und auch immer darin bleiben. Die Genossenschaften der wohlhabenden Kreise bleiben aber von der Steuer verschont. Den landwirtschaftlichen und Kleingewerblichen Genossenschaften zahlt der preussische Staat sogar Millionen an Unterstützungen. So sieht preussische Gerechtigkeit aus!

### Abrechnungen

Vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 16. November bei der Verbandskasse ein: Von Nachen mit 100 M., Jüdensburg 38,61 M., Heibelberg 162,53 M., Sildsheim 50 M., Zwickau 50 M. und von Gau III mit 150 M.

Noch nicht abgerechnet hat die Zahlstelle Koblenz.

### Briefkasten.

K. A. in Hl. 1,20 M. für Inserat erhalten. K. in B. 1 M. für Inserat erhalten. Kam für vorige Nummer zu spät.

Berichtigung. Zum Bericht vom 2. Gantag des Gaus 18 gehen uns nachstehende Richtigstellungen zu: „Im Massenbericht des Kollegen Armbrust muß es heißen, daß Karl sruhe Mitglieder führe, welche dem Gau 13 gehören. (Im Bericht heißt es irrtümlich Kaiserlautern.) Sodann wurde vom

Gauvorstand beantragt, daß die Einzelmitglieder 10 Pf. pro Mitglied und Monat an Extrabeiträgen zu Gunsten der Gaukasse zahlen sollten. (Im Bericht ist gesagt pro Quartal.)

Zurückgestellt wegen Raummangels: Feuilleton.

### Literarisches.

Der soziale Gedanke. Zeitsähe aus den Schriften der Begründer des Sozialismus. Für die heutige Zeit zusammengestellt von Dr. jur. C. Barday und Dr. phil. E. May. Herausgegeben von Ed. Bernstein. XII und 304 Seiten Oktav. Dresden 1908. Verlag Soziales Erbe, Dresden-N. 16. Preis in Klagen geb. 1,80 Mf.

Im Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Volkswirtschaftliche Grundbegriffe mit besonderer Berücksichtigung der ökonomischen Grundbegriffe von Karl Marx. Als Leitfaden für Unterrichtszurfer von Dr. Hermann Duncker. 60 Seiten. Preis gut geheftet 40 Pf.

Neu erschienen: Die Spritmalerer. Erste Fachzeitschrift für das gesamte Farberzeugniswesen. Herausgeber: Otto Dietrich, Steglitz-Berlin, Albrechtstraße 102. Abonnementspreis pro Jahr 7,50 Mf.

Von der „Kommunalen Praxis“ sind die Hefte 44 und 45 erschienen. Aus dem reichhaltigen Inhalt derselben heben wir folgende längeren Artikel besonders hervor: Der Achtstundentag in den Gemeindebetrieben von Emil Dittmer. — Die Dorfanlage von Edmund Fischer. — Auf zum Protest wider die geplante Gas- und Elektrizitätssteuer. — Zur Frage der Arbeitslosenzählung. — In vielen kleineren Artikeln werden Angelegenheiten behandelt, welche die in der Gemeinde tätigen Genossen lebhaft interessieren. Der Preis beträgt pro Quartal 3 Mf.

## ANZEIGEN

Am 13. November 1908, verstarb nach kurzer Krankheit unser Kollege, der Eisenarbeiter **Richard Wiedemann** im Alter von 23 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten! **Zahlstelle Eisenberg.**

**Nachruf!** Nach langjährigem Leiden starb heute, den 16. November 1908, plötzlich und unerwartet unser lieber und allzeit verehrter Kollege **Heinrich Kutsch** im Alter von 49 Jahren. Wir werden sein Andenken in Ehren halten! **Zahlstelle Bochum.**

**Berlin. Lugsnpapierbranche!** Am Dienstag, den 24. November, abends 6 Uhr, findet im Restaurant „Fürstehof“, Köpenickerstr. 137, eine

**Bezirks-Versammlung** für die Firmen im Südosten statt; wozu auch die im Bezirk wohnenden Kollegen und Kolleginnen eingeladen sind.

**Tagesordnung:**  
1. „Die Bedeutung der Gewerkschaften für die Frauen.“ Referentin: Frau Dr. Wehl. 2. Verschiedenes.  
Nach der Versammlung gemüthliches Beisammensein mit Tanz.

Die Brauchlenleitung.  
Unsrem lieben Kollegen und Freund **Adalbert Pieper** zur Abreise von Bremen ein herzliches Lebwohl!  
**Kupfer, Chr. Voigt.**

**Achtung!**  
**Kontobuch-Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.**  
**Achtung!**  
Sonntag, den 29. November 1908, abends 7 Uhr:  
Vortrag des Direktors der Treptow-Sternwarte Dr. Archenhold:  
**Das Geheimnis des Weltenbaues**  
im ehemals **Bennerischen Etablissement, Inh. Knape, Treptower Chaussee 22.**  
Vor dem Vortrag: **Besichtigung des Museums.**  
Treffpunkt: Von 4 Uhr ab bei **Kettlich Nachf., Treptower Chaussee 26.**  
Nachdem: **Gemüthliches Beisammensein** daselbst.  
Billets für Vortrag und für Durchblick durch das große Fernrohr sind zum Preise von **80 Pf.** auf dem Bureau, Engel-Platz 14/15, Zimmer 39, sowie bei den Wertstuden-Vertrauenspersonen zu haben.  
**Die Brauchlenleitung.**

**Tüchtig. Linierer**  
für 2 seitige Förste & Tronnm  
per sofort gesucht.  
**Karl Lauser, Geschäftsbücherfabr., Stuttgart.**  
**Neujahrskarten 1909**  
mit Namensdruck zum Wiederverkauf. **Kochs Formularmagazin, Gera (Reuß)** Musterb. m. Aufdr. Ihres Namens kostenl.  
**Druckerei-Buchbinder,**  
der auch an Schnellpresse einlegen kann, findet sofort dauernde Stellung. Off. mit Lohnanspr. a Buchdr. **Ries, Homburg, Pfalz.**  
**Saden mit Wohnung**  
in Industriestadt, für einen strebsamen Buchbinder passend, billig zu vermieten. Off. unter **T. M. 100** an die Exp. dies. Ztg.  
**Winkel, Lineale, Schienen,**  
Zirkel, Messer, Scheren usw. empfiehlt **F. Klement, Leipzig.**

Junger Buchbindergehilfe sucht Stellung. **Friedr. Neumann, Gumbinnen, Poststr. 3.**  
**Hebelschneide-Maschinen.**  
51 cm Schnittlänge mit oder ohne Untergestell. Bewährte Konstruktion. Sehr preiswert.  
Verl. Sie Off. von **Karl Bidlingmeyer, G. m. b. H., Maschinenfabrik, Altbach a. Neckar, Württemberg.**

Sebastianstr. 42. **Berlin.** Sebastianstr. 42.  
**Café-Restaurant**  
Franz Willard. Warme Küche. Vereinszimmer. Zahlstelle des Verbandes. Um geneigten Zuspruch bittet **Max Schubert.**

**Glas-Christbaum-schmuck**  
gut verpackt. Versende Prachtsortimente in nur feinst. Ausführung. **Sort. I enth. 320 Stück** hochfeine, tadellose, diesjährige Neuheiten, wie Rosen mit Laub und Stiel, wundersch. überspönn. Sachen, Gr. Papagei auf kl. Glocke, Trompeten usw. z. billigen Preise von **5 Mk.** (Nachnahme 30 Pf. mehr.)  
**Sort. II 120 Stück** grosse Sachen zum selben Preis **5 Mk.** **Sort. III** in nur weisser Silberausführung **5 Mk.** Jedem Sortiment füge gratis zur Beleuchtung des Baumes bei: **Tulpe, Traube und Ampel.** Ausserdem noch **Pudelhund mit Goldkette und Fruchtkorb.** Für Händler extra Sortiment von **8 Mk.** an und höher.  
**Max Heumann, Lauscha S.-M.**  
Fabrikation und Versand. No. 62.

**O. Th. Winckler**  
  
Kostenfreier **Arbeitsnachweis** für Buchbinder  
**O. Th. Winckler, Leipzig**